

Pulsnitzer Wochenblatt

Sernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „Für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf., Lokalpreis 10 Pf. Reklame 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Seitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, umfassend die Ortlichkeiten: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Druck und Verlag von **E. L. Sörster's Erben** (Inh.: J. W. Mohr). Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Verantwortlicher Redakteur: **J. W. Mohr** in Pulsnitz.

Nr. 145

Donnerstag, den 3. Dezember 1908.

60. Jahrgang.

Das Wichtigste.

Die Erste Kammer erledigte gestern verschiedene Statskapitel und Petitionen; die Zweite Kammer nahm den Eventual-Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen mit 40 gegen 37 Stimmen an.

(Siehe Landtag.)

Im Reichstag hat am Mittwoch die Debatte über die Verfassungsanträge begonnen. Es ist nicht zu der angeordneten Präsidialkrisis gekommen. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg verlas eine Erklärung des Bundesrates, die immerhin auf einiges Entgegenkommen schließen läßt.

(Siehe Reichstag.)

Der Reichsetat für 1909 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2865 409 018 M ab.

Die Reichspostverwaltung hat gestern mit den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung bezüglich des Briefpostos getroffen.

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Kaisers Franz Joseph fanden in Wien glänzende Hoffestlichkeiten statt.

Ueber Prag ist gestern das Standrecht verhängt worden. Die Krawalle dauern fort.

Die Autorität und die Ruhe in Oesterreich.

Die Erzeße der Tschechen in Prag gegenüber den Deutschböhmen und zumal das Auswachsen dieser Unruhen zu einer wahren Revolution fordern die öffentliche Kritik nun auch nicht nur gegenüber dieser schweren Ausschreitungen der Tschechen, sondern auch gegenüber der österreichischen Regierung heraus, die seit Monaten diese schlimmen Auswüchse allzu nachsichtig behandelt und damit der Ruhe in Oesterreich großen Schaden zugefügt hat. Es hat wenig Wert, auf die Einzelheiten der Tumulte und blutigen Zusammenstöße zwischen der Polizei und der fanatischen Menge in Prag näher einzugehen, und zum hundertsten Male zu beschreiben, wie der tschechische Pöbel die deutschen Studenten in Prag überfallen und mißhandelt hat. Es handelt sich aber offenbar darum, einmal festzustellen, ob die österreichische Regierung nicht den guten Willen oder nicht mehr die Macht in Prag hat, einen Teil ihrer deutsch-österreichischen Untertanen gegen die rohen Ueberfälle der Tschechen zu schützen. In jedem geordneten Staatswesen gilt es doch als Hauptaufgabe der Regierung, das Leben und Eigentum ihrer Bürger zu schützen, man kann aber nach den Vorgängen in Prag nicht mehr sagen, daß die österreichische Regierung diese Aufgabe tatsächlich erfüllt. Nun genügt ja in den meisten Fällen der Ausschreitungen die Geltendmachung der staatlichen Autorität, und wenn die Autorität selbst nicht mehr als solche die rechte Wirkung tut, dann muß eben der Staat von seinen gesetzlichen Machtmitteln Gebrauch machen, um seine Autorität und damit die Ruhe und Ordnung im Lande oder in der betreffenden Stadt voll und ganz wieder herzustellen. Man darf gespannt sein, ob nun nicht endlich in Wien ein energischer Entschluß gefaßt wird, um die Stornale in Prag zu beseitigen. Wäre es denn ein so großes Unglück, wenn der fanatische tschechische Pöbel in Prag, der die Polizei und die Offiziere verhöhnt und angegriffen hat, einmal fühlen würde, daß in Oesterreich noch eine kräftige Staatsgewalt vorhanden ist, welche Bataillone von Soldaten gegen die Ruhestörer marschieren lassen kann? Oder fürchtet man in Wien den Ausbruch einer tschechischen Revolution in Prag und in Böhmen überhaupt? — Nun, die Dinge in Prag sehen einer ständigen kleinen Revolution schon sehr ähnlich, und wenn die Unruhen und die wachsenden Verheerungen in Prag schließlich immer noch größere Dimensionen annehmen, so wird es schließlich noch viel schwieriger werden, daß die österreichische Regierung die Ruhe dort wieder herstellen und ihre Autorität hochhalten kann. In den von vielen verschiedenartigen Wäldern bewohnten Oesterreich ist es ja immer eine schwierige Aufgabe der Regierung gewesen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und die österreichische Regierung hat oft zu verschlagenen diplomatischen Mitteln gegriffen, um ein Volk durch das andere in Schach zu

erhalten. Dieser Fall liegt aber in Prag und in Böhmen nicht vor, denn die Deutschböhmen sind die treuesten und ruhigsten Untertanen des Kaisers von Oesterreich und gegen sie braucht der tschechische Chauvinismus nicht ausgespielt zu werden, die ganzen Zustände in Prag sind also unhaltbar und unerträglich geworden, und es wird hohe Zeit, daß durch energische Schritte der österreichischen Regierung dort Wandel geschaffen wird, denn sonst wird in Prag und in Böhmen noch der Bürgerkrieg zwischen Deutschen und Tschechen in Szene gesetzt und ein unfagbares Unglück über das von der Natur so reich gesegnete Land gebracht.

Oertliches und Sächsisches.

Pulsnitz. Am vergangenen Dienstag gab Herr Musikdirektor Frenzel im Saale des Schützenhauses ein Konzert mit der verstärkten Stadtkapelle und unter Mitwirkung des Fräulein Uly Weiß (Klavier) und der Herren Hermann Gneuß (Violine) und Alfred Pakal (Cello). Das Orchester zeigte im Zusammenspiel und in der Durcharbeitung des Vortrags anerkennenswerte Arbeit, wenn auch stellenweise einzelne Instrumente die sichere Beherrschung ihrer Partien noch vermissen ließen. Nun die Darbietungen der solistischen Kräfte: Zeigte uns Herr Pakal in der Berceuse, daß er wohl fähig ist, mit seinem Instrumente innerlich zu verwaschen, so konnten wir im Begleitkonzert besonders seine technischen Fähigkeiten bewundern. Eine meisterhaft schöne Wiedergabe erfuhren das Trio V von Mozart und das Adagio aus einem Trio Chopins. Als Violinsolo bot Herr Gneuß: Airs hongroise, ein „gemachtes“ Stück mit allen Effekten aus der Rüstammer der Streichmusik! In künstlerischen Mitteln einfach zu sein, hat dieser Komponist — wie viele unserer Zeit — nicht verstanden. Die Skrupellosigkeit, mit der rasch nach allem gegriffen wird, was Effekt macht und darum Gewinn verpricht, macht es nötig, den Musikern die Pflicht einer gewissenhaften, streng künstlerischen Auslese wieder einmal ins Gedächtnis zu rufen! Die Wirkungen dieses Stückes waren nur grobe und ließen ein Gefühl frohen Genießens nicht aufkommen. Weit besser war die Zugabe: das Stück mutete uns in seiner Schlichtheit und Innigkeit an wie eine echt lyrische Dichtung und bewies, daß Herr Gneuß auch Seele in seinem Spiele geben kann. In allen solistischen Darbietungen zeigte sich Fr. Weiß bald als Begleiterin von besserer Fähigkeit, dem Solisten sich anzugleichen und unterzuordnen und bald (besonders im Trio V) als sichere und ausdrucksfähige Partnerin. Wir hätten sie gern auch allein gehört. — Das Konzert hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuches zu erfreuen. Sch.

Pulsnitz. Bei der Gewerbevereins-Wohltätigkeits-Veranstaltung wurde eine Einnahme von 627 M 81 Pf. erzielt. Der Einnahme steht eine Ausgabe von 466 M 70 Pf. gegenüber. In letzterer befinden sich selbstverständlich die Kosten für die verkauften und verlosteten Waren, sowie alle Sachen, welche der Verein in eigener Regie hatte. Der 160 M 11 Pf. betragende Reingewinn ist entsprechend verteilt worden.

Pulsnitz. Wie wird das Wetter am Sonntag sein? Wenn wir die Wetterkarte betrachten, so sehen wir recht wenig Winterliches darin, nur in der Nähe des über Bayern befindlichen „Hoch“ herrscht mächtiger Frost; sonst hat namentlich das nördliche Europa milde Wetter, weil dort Depressionen vorüberziehen. Während die nächsten Tage uns unter Einfluß jenes „Hochs“ trocken und teilweise heiteres Wetter bringen werden, gewinnt später ein neues, von Island heranziehendes Minimum etwas an Einfluß und wird in Verbindung mit dem südlichen „Hoch“ wieder westliche Winde mit vielfach trübem, nebligem Wetter und unerheblichen Niederschlägen veranlassen. So wird uns denn auch der Sonntag ziemlich milde, wechselnd bewölktes Wetter und teilweise etwas Regen bringen. — Einstweilen ist noch nicht auf ein neues, ernstes Erscheinen des griesgrämigen Winters mit eisgrauem Bart und schneebedecktem Mantel zu rechnen, worauf wir auch im Interesse der armen Leute gern noch eine Weile verzichten wollen, wenngleich uns auch der sogenannte „Dreck vor Weihnacht“ absolut nicht ideal erscheint. W.

— Die königliche Amtshauptmannschaft Kamenz gibt bekannt, daß Donnerstag den 10. Dezember d. Js., vormittags 9 Uhr öffentliche Sitzung des Bezirksaus-

schusses stattfindet. Die Tagesordnung hängt in der Amtshauptmannschaft aus.

— In der Zweiten sächsischen Kammer erfolgte am Mittwoch nach äußerst lebhafter, zum Teil stürmischer Debatte die Annahme des gesamten Eventualgesetzentwurfes in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 37 Stimmen. Die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bez. Wiedereinführung des Wahlrechts von 1868 wurden gegen 5 Stimmen abgelehnt, und die zum Wahlgesetz vorliegenden Petitionen ließ man auf sich beruhen. (Siehe Landtag.)

Ohorn. Bei Beginn der langen Winterabende, die die Familienglieder um die traute Lampe vereinigen, sei auf unsere Volksbibliothek empfehlend hingewiesen. Sie befindet sich im 2. Obergeschoß der Schule und gibt jederzeit Bücher ab. Von ihrer fortschreitenden Entwicklung und ihrem erfreulichen Wachstum zeugt, daß sie zur Zeit ihrer Eröffnung, am 3. März 1900, 157 Bücher zählte, während sie jetzt 390 Bände enthält. Sie gliedert sich in 4 Gruppen: Unterhaltungslektüre (253 Bände), Gemeinnütziges (59 Bände), Geographisches (39 Bände) und Geschichtliches (39 Bände). Aus dieser Uebersicht ist zu ersehen, daß jeder Leser wohl einen für ihn geeigneten Stoff zur Lektüre finden wird. Es sind auch neue, alle Bücher enthaltenden Kataloge gedruckt, die, soweit der Vorrat reicht, unentgeltlich an die Leser abgegeben werden. Das Lesegeld beträgt wie bisher 2 Pf. pro Band und Woche. Möchte darum die Bibliothek recht fleißig benutzt werden!

Kammenau, 1. Dezember. Auf noch unaufgeklärte Weise brach gestern Abend gegen 8 Uhr im hiesigen Orte Feuer aus und wurden Stall und Scheune des Herrn Mühlenbesizers Ernst Schöne, am oberen Teiche gelegen, eingedäschert. Infolge des dichten Nebels gewahrte man auswärts von der Feuerstelle sehr wenig. Der Schaden bez. der Verlust an Stroh, Getreide und Inventar dürfte immerhin erheblich sein. Die Feuerwehr von Geismannsdorf erhielt die erste und die von Goldberg die zweite Prämie.

Geismannsdorf, 28. November. Einen bösen Streich haben Bubenhände dem Gutsbesizer Sch. aus Hauswalde gespielt. Sch. war vor dem hiesigen Erbgericht vorgefahren, um seine Angehörigen heimzuholen. Während der Wagen vor dem Hause stand, hatte man ein Seitenblatt vom Geschirr des Pferdes durchgeschritten.

Freiberg. Die städtischen Kollegien in Freiberg haben in zwei außerordentlichen Sitzungen beschlossen, dem Gesuche des zum Räte am Oberverwaltungsgericht berufenen Bürgermeisters Klüger, ihn vom 1. Januar ab aus seinem Amte zu entlassen, unter Anerkennung seiner segensreichen Tätigkeit und unter dem Ausdruck des Bedauerns über das Scheitern zu entsprechen. Man wählte eine aus Mitgliedern beider Kollegien bestehende Kommission zur Vornahme der Wahl eines Nachfolgers. Diese Kommission wird zunächst darüber zu entscheiden haben, ob die Bürgermeisterstelle ausgeschrieben werden soll.

Freiberg. Daß bei den Stadtverordneten-Wahlen bei der Abfassung der Wahlinserate das Wort nicht auf die Goldwaage gelegt wird, sondern diese Inserate manchmal einen derben Ton bestizen, davon gab der Inseratenteil des „Freiberger Anzeigers“ Kunde. In demselben hieß es: „Peter, halt dich auf der Rodelbahn.“ — „Ein ziemlich ergrauter Kater, nie zu Hause, spielend, muß gänzlich an die Luft gesetzt werden. Versammlung Montag abends 6 Uhr „Ratskeller“. — „Ein Peter, drei Jahre alt, ist gegen bessere Rasse zu vertauschen, ohne Aufgeld. Eventuell wird noch was draufgelegt. Näheres unter „Raus“ postlagernd Freiberg.“ — „Mühle und Kühle müssen ins Gewühle.“ — „Achtung! Ein Statu. Spieler, der vom 1. Januar 1909 ab wieder mehr Zeit bekommt und alles gut ausbrechelt, sucht Spielbrüder Offerten unter „Schwimmbassin“ Freiberg.“ — „Seifensetter raus, Kühle rein!“ usw. usw.

Leipzig. Das Universitäts-Sekretariat gab Dienstag mittag durch Anschlag am Schwarzen Breit den Studenten bekannt, daß infolge der gestern erhaltenen ungünstigen Nachrichten aus Prag der Rektor der Leipziger Universität, Geheimrat Professor Dr. Binding, Mittwoch sich nicht zur Grundsteinlegung für das neue Gebäude der deutschen Universität nach Prag begeben wird. Gleichzeitig werden die studentischen Verbindungen er-



sucht, mit Rücksicht auf die große Gefahr keine Vertreter abzusenden, beziehungsweise ihre bereits abgereisten Chargierten sofort zurückzuberufen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Berlin, 2. Dezember. Heute mittag wurde Prinz August Wilhelm von Preußen, der unlängst an der Universität Straßburg zum Doktor juris promoviert wurde, an der Berliner Universität immatrikuliert und bei der juristischen Fakultät eingeschrieben. Der Prinz wurde von dem Rektor der Universität Geh. Justizrat Prof. Kahl in einer Ansprache als der erste aus dem Königshause an der hiesigen Universität zu immatrikulierende preußische Prinz begrüßt. Der Akt selbst vollzog sich in der üblichen Weise.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Schoen, ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte sofort wieder in vollem Umfange aufgenommen.

Breslau, 2. Dezember. Vertreter von 38 Breslauer studentischen Korporationen sind gestern zur Unterstützung der deutschen Studenten gegen die tschechischen Uebergriffe nach Prag abgereist. Am Breslauer Hauptbahnhof ließ der Rektor magnificus im Auftrage des Kultusministers durch Bedelle gegen die Fahrt sein Veto einlegen. Trotzdem reisten die Studenten ab. Katholische und jüdische Korporationen machen die Fahrt nicht mit.

Dortmund, 2. Dezember. Von den auf der Feste Radbod schwerverletzten Bergleuten ist noch einer gestorben, der Zustand einiger der übrigen 21 Schwerverletzten ist derart, daß man fürchtet, das Unglück werde noch weitere Opfer fordern. Die vom Landtagsabgeordneten Leinert benannten Zeugen sind in den letzten Tagen sämtlich eidlich vom Untersuchungsrichter vernommen worden, darunter auch der Bergarbeiter Lewandowski, der als Mitglied der Arbeiterordnung vor dem Prützen Titel Friedrich erschienen war.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 2. Dezember. Infolge Verhängung des Standrechts über Prag beabsichtigen die tschechisch-rabitalen Abgeordneten die Tätigkeit des Reichsrats lahmzulegen. Man glaubt deshalb allgemein, daß bereits morgen das Abgeordnetenhaus vertagt wird. Auch spricht man im Parlament vom Rücktritt des deutschen und des tschechischen Landmannministers.

Wien, 2. Dezember. Der Wiener Scharfrichter ist wegen Verhängung des Standrechts über Prag nach Prag abgereist.

Prag, 2. Dezember. Mittags 1 Uhr kam es in der Vorstadt Weinberge zu großen Zusammenstößen zwischen tschechischen Studenten einerseits und Polizei und Gendarmen andererseits. Es gab zahlreiche Verletzte. Zu einer förmlichen Schlacht ist es in Kiegerbad gekommen.

Prag, 2. Dezember. Trotz der Verhängung des Standrechts kam es während des Vormittags und Nachmittags noch zu mehrfachen Ausschreitungen, die aber keine ernste Bedeutung besaßen. Namentlich in den Weinbergen wurden die Exzedenten durch die einschreitende Gendarmerie vertrieben. Dabei kamen auf beiden Seiten mehrfach Verletzungen vor. Auf dem Graben wurde beim Raftono eine Ansammlung von der Polizei auseinandergetrieben. Die Haltung der Menge wurde nachgerade bedrohlich. Die Studenten, welche in der Toreinfahrt standen, mußten von der Polizei zurückgebrängt werden. Die Menge wurde aber auch hier von Polizei und Gendarmerie schließlich zerstreut. Nach 3 Uhr wurde vom Militär offiziell das Standrecht verkündet. Die Proklamation zog sich bis in die Abendstunden hinein. Unter dem Warnsignal rückte ein halbes Bataillon Infanterie mit aufgefanztem Bajonett aus und an den hervorragenden Stellen der Stadt wurde deutsch und tschechisch das Standrecht verkündet. Gleichzeitig wurde auch an den Straßenecken und den Platatzäulen die diesbezügliche Kundgebung affiziert. Momentan herrscht Ruhe, die Stimmung ist nach solchen Maßnahmen natürlich eine gebückte. Zu bemerken ist, daß gleichfalls ein Farbenverbot erlassen ist. ~~Das~~ wird es den Studenten unmöglich gemacht, auf der Straße in Couleur zu erscheinen.

Neueste direkte Meldungen

von Hirsch-Telegraphenbureau.

Berlin, 3. Dez. Die Reichspostverwaltung hat durch Vermittlung des kaiserlich deutschen Geschäftsträgers in Washington mit dem Generalpostmeister der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinbarung dahin getroffen, daß für die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf dem direkten Seewege ausgetauschten frankierten Briefe vom 1. Januar 1909 ab eine Tare von 10 Pfennig für jede 20 Gramm berechnet wird. — Wie aus Kamerun gemeldet wird, ist Leutnant Reuter von der Schutztruppe einer schweren Verwundung, die er im Kampfe mit den Eingeborenen erlitten hat, erlegen.

Mannheim, 3. Dez. Gestern wurde hier ein gutgekleidetes 20jähriges junges Mädchen von einem gleichaltrigen Mann in einem Hausflur überfallen und durch zwei Dolchstiche die Schlagader des Halses vollständig durchschnitten und tödlich verletzt. Das Mädchen verblutete in wenigen Minuten. Der Täter entkam.

Prag, 3. Dez. Gestern abend wurde ein deutscher Arzt in einem Wagen der Straßenbahn, als er eine Fahrkarte in deutscher Sprache verlangte, belästigt. Die tschechischen Insassen des Wagens versuchten den Schaffner zu bestimmen, ihm keine Fahrkarte auszufolgern. Als der Arzt auf Deutsch fragte, was sie wünschten, wollten die Tschechen ihn aus dem Wagen hinauswerfen. Zwei in dem Wagen sitzende Offiziere leisteten dem Bedrängten Hilfe.

Prag, 3. Dezember. Hier zirkulieren mit großer Bestimmtheit Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien. Die Verhängung des Standrechts und die eventuelle Verstärkung desselben durch den Ausnahmezustand wird allgemein darauf zurückgeführt, daß man die hiesigen Serbophilen mit aller Energie in die Schranken weisen will. Es heißt, daß heute in Wien ein Kriegsrat einberufen werden soll, von dem das Ultimatum an Serbien gestellt werden wird. In Wien sollen bereits 75000 Reservisten einberufen worden sein. Auch die großen böhmischen Garnisonen sind teilweise von ihren Truppenbeständen entblößt. Gestern abend trafen hier Privatmeldungen von einem Grenzgefecht ein, bei dem 40 österreichische Soldaten gefallen sein sollen.

Prag, 3. Dezember. Der Standrechtsbeschuß betrifft nur den Aufrührerparagrafen, nicht auch Verbrechen äußerlicher Gewalttätigkeiten, kann also auf Angriffe gegen Deutsche nicht angewendet werden.

Prag, 3. Dezember. Die Proklamierung des Standrechts hat seine Wirkung ausgeübt. Es herrscht bis abends und in die Nacht hinein in der Stadt völlige Ruhe.

Wien, 3. Dezember. Die Vertagung des Reichsrats wird erst dann erfolgen, wenn sich in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ernste Ständalszenen ereignen sollten.

Paris, 3. Dezember. Aus Anlaß des Regierungsjubiläums des österreichischen Kaisers sandte Präsident Fallieres ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Kaiser Franz Josef, worin er der unerschütterlichen Freundschaft Frankreichs zu Oesterreich Ausdruck gibt.

Zürich, 3. Dez. Die Schriftstellerin Ilse Grapar ist in Genf auf ihren eigenen Wunsch von ihrer Freundin, der Künstlerin Mandelbaum, erschossen worden. Unmittelbar darauf tötete sich auch Fräulein Mandelbaum durch einen Schuß. Die Gründe, welche die beiden befreundeten Frauen in den Tod getrieben haben, sind noch unbekannt.

Kuawa, 3. Dez. In Kledto wurde gestern früh der Förster Stigel erschossen. Als er sich den Morgentkaffee bereitet, trachte plötzlich ein Schuß durch das offene stehende Fenster. Die Kugel traf den Förster ins Herz.

London, 3. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Der österreichische Botschafter erhob abermals beim Großvezir Vorstellungen wegen der Boykottbewegung und erklärte, er warte weitere Instruktionen aus Wien ab. Sämtliche Geschäftshäuser haben sich nunmehr der Boykottbewegung angeschlossen. Das Komitee hat die Erneuerung von Abschlüssen mit österreichischen Firmen streng untersagt.

Konstantinopel, 3. Dezember. Türkische Schiffeleute griffen gestern eine Anzahl Griechen an, welche österreichische Passagiere und Waren gelandet hatten. Sie wurden schwer mißhandelt und mußten schließlich vor dem Boykottkomitee den Schwur leisten, sich der Bewegung anzuschließen. Abends fand eine große Versammlung statt, in welcher die energische Fortsetzung des Boykotts gegen Oesterreich beschlossen wurde.

Reklameteil.

Unserer heutigen Nummer liegt die altbekannte Zeilung der Firma Anton Koch, Puppen- und Spielwarenhandlung, Dresden, Webergasse 13, bei. Natürlich können nur wenige Artikel darin aufgeführt sein und bekommt man erst einen Ueberblick der enormen Auswahl, wenn man das Geschäft selbst betritt. Durch den eben beendeten Umbau sind die Räume bedeutend vergrößert, die innere Einrichtung ganz der Neuzeit entsprechend geschaffen und lohnt es sich wirklich der Mühe, die reichhaltige Ausstellung zu besichtigen.

Sächsischer Landtag.

(Fortsetzung aus der vorigen Nummer.)

Dresden, 30. November. Zweite Kammer. Abgeordneter Vogel (Nat.) erklärte namens seiner Partei reunde, daß sie den Vorwurf des Ministers, sie hätten sich von einseitig doktrinären Gesichtspunkten leiten lassen, nicht verdienten. Er legt dann dar, daß die Körperschaftswahlen für seine Partei unannehmbar seien. Denn sie würden zwei Klassen Abgeordneten schaffen und zugleich in die kommunalen Körperschaften die Politik tragen. Auch die Frage des Pluralwahlrechtes sei vielleicht nicht das ausschlaggebende Moment für die Ablehnung des Kompromisses gewesen, wenn nicht durch den Feinschen Vorschlag der Wahlkreiseinteilung eine den Intentionen der Nationalliberalen völlig entgegengesetzte Auffassung zu Tage getreten wäre. Die Wahlkreiseinteilung hätte sich an die historische Entwicklung anlehnen sollen. Man hätte zunächst das Land in 96 möglichst gleich große Wahlkreise einteilen sollen und darauf unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die notwendigen Abänderungen und Ausgleichungen vornehmen sollen. Dagegen habe man bei dem Feinschen Vorschlage einen einseitigen nur zum Zwecke der Sicherung der Wahlerfolge ausgearbeiteten Vorschlag vor sich. Seine Partei wolle keine Wahlkreiseinteilung im eigentlichen Parteiinteresse. Denn gewöhnlich sei die Macht der Verhältnisse viel stärker als die auch noch so gut gemeinte Absicht. Die in der Euentualvorlage enthaltene Wahlkreiseinteilung sei nicht frei von parteipolitischer Tendenz. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Nachdem das Kompromiß geschleiert, komme noch ein zweites unglückliches Moment hinzu, welches den Entwurf unannehmbar mache. Die Großstädte würden durch diesen Entwurf allzusehr benachteiligt. Ein Dorfbewohner erlange dadurch viermal mehr Einfluß auf die Geschicke des Landes als ein Großstädter. Wohl hätten die Konservativen die Verhältniswahlen als verhängnisvoll bezeichnet. Das habe sie aber nicht abgelehnt, eben diese Verhältniswahlen für die Großstädte gut zu heißen. Wo bleibe da Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Selbst den von seiner Parteigewünschten Ausgleich, dem Wähler vom 40. oder 45. Le-

bensjahre an eine Mehrstimme zu geben, habe man gestrichen. Man sollte versuchen, die großen Massen der Arbeiter wieder für das Vaterland zu gewinnen. Von den Arbeitern sei ein großer Prozentsatz nicht staatsfeindlich. Für diese fordere er die Möglichkeit eines größeren Einflusses auf die Geschicke des Vaterlandes. Dem Kompromiß habe man nicht zustimmen können. Abg. Vogel (Nat.) schließt: Für eine solche Vorlage, wie sie die neuen Vorschläge der Regierung darstellen, welche die Zustimmung der Konservativen fanden und sich nicht nur gegen die städtischen Interessen sondern auch gegen die Arbeiter richteten, werde in den Reihen der Nationalliberalen keine Stimme zu haben sein. Warum solle die Regierung, die schon soweit entgegengekommen sei, nicht auch noch weiter entgegenkommen, wenn sie einer geschlossenen Zweidrittelmehrheit gegenüber stände? Abg. Günther (Freis.) wendet sich zunächst gegen den ursprünglichen Regierungsentwurf, der ein totes Kind sei, das heute oder morgen endgiltig begraben werde. Daran würden auch die heutigen Ausführungen des Ministers nichts ändern. Bei Beratung des Gesetzes in der Deputation habe sich die ganze Debatte nur in der Richtung bewegt, ob die Konservativen oder die Nationalliberalen ihre Sonderinteressen durchbrächten. Die Nationalliberalen hätten das Bestreben gehabt, durch eine Wahlrechtsreform sich eine Mehrheit in der zweiten Kammer zu erzwingen. Nach langem Feilschen sei man endlich zu dem Kompromiß gekommen. Die Konservativen hätten es aber verstanden, bei der Teilung der Beute den Löwenanteil davon zu tragen. Die Nationalliberalen hätten sich vor Abschluß des Kompromisses über die Grundzüge der Wahlkreiseinteilung unbedingt verständigen müssen. Redner wendet sich sodann auch gegen den Euentualvorschlag der Regierung und tritt schließlich für die Gewährung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes, oder wenigstens für das Wahlrecht von 1868 ein. Die Annahme des Euentualvorschlages würde bei den nächsten Reichstagswahlen zur Folge haben, daß Sachsen wieder ein rotes Königreich werde. Dann werde Graf Hohenthal in der Geschichte als der rote Graf Hohenthal fortleben (Lärmender Beifall auf den Tribünen. Der Präsident droht die Tribünen räumen zu lassen.) Dadurch werde die Sozialdemokratie nur neue Nahrung und neue Agitationsstoff zugeführt. Darum sei aus nationalen Gründen die Einführung eines Wahlrechtes wenigstens in der Form von 1868 notwendig. (Bei Schluß der Rede wird wieder lärmender Beifall auf den Tribünen laut, sodaß sich der Präsident wiederholt genötigt sieht, mit Räumung zu drohen.) Staatsminister Graf Hohenthal erklärt in Erwiderung auf die Ausführungen des Vorredners, die Regierung habe sich bei dem Dreiklassenwahlrecht ganz wohl befunden. Sie habe aber das Empfinden gehabt, daß im Interesse des Volkes etwas geschehen müsse. Abg. Schill (nat.) meint, die Regierung müsse mit eiserner Konsequenz auf ihren Prinzipien bestehen bleiben, wenn sie auch in Einzelheiten nachgebe. Euentuell müsse sie die letzte Konsequenz ziehen und den Landtag geben heißen. In dem Berichte der Deputation falle es auf, daß überall die Fraktionen hervortreten. Wer den Bericht außerhalb des Hauses lese, müsse den Eindruck gewinnen, als wenn die Mitglieder der Deputation nichts weiter wären, als Figuren, die von ihren Fraktionen hin und her geschoben würden. Obgleich er kein fanatischer Verehrer des Pluralwahlrechtes und kein abgesetzter Feind des Proporzses sei, werde er doch für die Anträge der Minorität stimmen. Es empfehle sich wohl überhaupt, daß das Haus von einer Beschlußfassung absehe und erst warte, wie die Erste Kammer, die sich wohl mit der Regierung über das Gesetz einigen könnte, stimmen werde. Abg. Enke (reil.) erklärt, daß die Euentualvorlage unter den Anhängern des Mittelstandes zahlreiche Freunde habe. Die Sorge der Regierung bei Schöpfung eines Wahlrechtes habe weniger dem Gemeinwohl als dem Parteimwohl gegolten. Redner verteidigt die Verhältnismahlen und bespricht darauf in zustimmendem Sinne die Körperschaftswahlen. Abg. Dürr (reil.) erklärt den im Dekret Nr. 12 gemachten Wahlvorschlag für unannehmbar und zwar wegen der darin enthaltenen Körperschaftswahlen. Zu bedauern sei, daß das Verhältnismahlrecht nicht weiter ausgebaut worden sei. Durch ein solches Wahlrecht würde die Frage der Wahlkreiseinteilung jedenfalls leichter zu lösen sein. Auch der Antrag der Mehrheit sei für ihn insofern der Wahlkreiseinteilung nicht annehmbar, und er werde der Minoritätsvorlage zustimmen. Abg. Zimmermann (Reformpartei): Ein derartig gemischtes System, wie es in der Regierungsvorlage enthalten sei, sei unannehmbar. Man solle nicht auf veraltetem System bauen, sondern neue vorbildliche Wege gehen. Die Euentualvorlage entspreche zwar den berechtigten Wünschen des Mittelstandes, doch könne er seine schweren Bedenken nicht unterdrücken, und doch sei die Euentualvorlage heute für ihn der einzige beachtenswerte Vorschlag. Wenn man in dem Euentualvorschlage die Differenzierung von einer und vier Stimmen nur als eine Notbrücke betrachten könne, so wäre für ihn dieser Vorschlag annehmbar. Die Euentualvorlage würde viele Arbeiter verbittern, die jetzt glücklich von der sozialdemokratischen Partei herübergeholt worden seien. Staatsminister Graf v. Hohenthal: Er habe dem Vorredner, den er überhaupt für einen der besten parlamentarischen Redner halte, mit großem Interesse zugehört. Leider habe er alles bekämpft, ohne etwas Positives dafür zu bieten. Er berückichtige in zu geringem Maße die große Gefahr, die in unserem Lande bestehe. Es nütze ihm doch nichts, unablässig die Flagge der Verhältnismahl zu schwingen, wenn sie ihm doch nicht bewilligt werde. Abg. Dpiz (konf.): Die Behauptung des Abg. Vogel, er habe erklärt, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit sei staatsfeindlich, müsse er aus Schärfe zurückweisen. Er habe nur die Sozialdemokratie als staatsfeindlich bezeichnet. Im Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie sei er am allerweitesten gegangen, wie seine Stellungnahme zu dem Vorschlage Trüber-Haymann beweise. Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe, die der Abg. Schill in der Deputation erhoben habe, und bemerkt, daß dieser nicht so gesprochen haben würde, wenn er sich in die Deputation hätte wählen lassen. Eine Zurückweisung der Vorlage an die Deputation würde eine Verzögerung um mindestens eine Woche bedeuten und sei bei der Geschäftslage des Hauses nicht diskutierbar. Am peinlichsten habe es ihn berührt, daß der Abg. Schill die Beschlußfassung zunächst ausgesetzt wissen wollte, um erst die Stellungnahme der Ersten Kammer abzuwarten. Die Reform der Zweiten Kammer sei doch in allererster Linie von dieser Kammer selbst durchzuführen. Um aber allen Bedenken gegen die Annahme der Euentualvorlage vorzubeugen, beantrage er, bei Ablehnung des ursprünglichen Dekretes die Worte einzufügen: in der vorgelegten Fassung. Bei Annahme dieses Antrages sei auch die Uebernahme



des Eventualvorschlages durch die Regierung angängig. Abgeordneter Seegen (Konf.) wird für den Eventualentwurf stimmen, wenn es gelingen sollte, noch einige Änderungen anzubringen. Abg. Behrens (Konf.) tritt für die Annahme des ursprünglichen Regierungsentwurfes ein. Für den Eventualantrag könne er nicht stimmen. Denn in ihm seien nicht die gleichen volksfreundlichen Grundzüge vorhanden wie in dem ursprünglichen Entwurfe. Hoffentlich werde die erste Kammer einen Vermittlungsvorschlag auf Grund des ersten Regierungsentwurfes bringen. Abg. Träber (Konf.) tritt für den Antrag Träber-Geymann auf Wiedereinführung des Wahlgesetzes von 1868 ein mit einigen Abänderungen. Abg. Ulrich (Konf.) wendet sich besonders gegen die vorgeschlagenen Körperschaftswahlen. In der Kammer seien schon heute genug Bürgermeister, Ratmitglieder und Gemeindevorstände. Es sei lebhaft zu bedauern, das gewisse Vorkommenisse eine Scheidewand aufgerichtet hätten. Denn die Differenz sei nicht so wesentlich, daß nicht eine Einigung zwischen beiden Parteien möglich sei. Redner spricht sich dann für das Ständewahlsystem aus und erklärt schließlich, daß er für die Eventualvorlage stimmen werde, und zwar weil sie unzweifelhaft besser sei als die Regierungsvorlage und noch viel besser als das gegenwärtige Wahlgesetz. Er stimme aber auch deshalb dafür, weil er die nationalliberalen Vorschläge nicht für mittelständisch freundlich ansehen könne. Nach 8 Uhr schlägt Präsident Dr. Mehnert vor, die Sitzung zu verlegen. Nach einigen Nichtigstellungen des Staatsministers Grafen Hohenhausen, sowie der Abg. Schill, Vogel und Döpp tritt das Haus dem Vorschlage des Präsidenten bei. Die weitere Besprechung der Wahlrechtsvorlagen wird auf morgen Vormittag 10 Uhr verlegt.

Regierungsvorlage sei für ihn unannehmbar. Auch die Vorschläge der Deputationsmehrheit und der Minderheit befriedigten ihn nicht. Er wünsche eine Rückkehr zu dem Wahlgesetze von 1868 mit zwei Änderungen und zwar mit einer Erhöhung des Zensus, damit die Kammer nicht mit Sozialdemokraten überschwemmt werde, und zweitens mit der Bestimmung, daß von den Wählern, denen durch den Zensus das Wahlrecht abgeschnitten werde, vielleicht 15 Abgeordnete gewählt würden. Eine gerechte Wahlkreiseinteilung müßte allerdings die Grundlage für das Gesetz bilden. Abg. Böpfel-Beipziger (Nat.) erklärt die Frage der Einführung des 1868er Wahlrechtes sei auszusprechen, denn man dürfe nicht, nachdem man durch das 1896er Wahlrecht den Zensus beseitigt habe, wieder eine Benachteiligung großer Volkskreise herbeiführen. Der Abg. Vizepräsident Dr. Schill habe gestern nur für seine Person gesprochen, wenn er die Hoffnung gehegt habe, daß die Regierungsvorlage auf dem Umwege über die Erste Kammer wieder dem Hause zugehen möchte. Für seine Parteifreunde sei die Regierungsvorlage wegen des darin enthaltenen Kommunalwahlrechtes unannehmbar. Es würde durch diese Abgeordnete ein Fremdkörper in die Kammer kommen und der Politik der Straße die Möglichkeit wieder eröffnet werden. Die große Frage muß lauten: Wollen wir eine Reform oder nicht. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Eventualvorlage eine Reform nicht bedeute. Die Nationalliberalen wollten nicht die Wähler in staatsfeindliche und staatsfeindliche abteilen, sondern sie hätten bei ihrem Vorschlage des Pluralwahlrechtes die Wähler eingeteilt nach gewissen Interessengruppen, die sie greifen ließen. Weil sich die Eventualvorlage gegen die Arbeiter und deshalb gegen einen großen Teil des Volkes richte, müßten sie auch dagegen stimmen. Von den Petitionen, auf die sich die Mehrheit berufen habe, halte er nicht viel. Es wird die Aufgabe der Nationalliberalen sein, ein Wahlrecht anzubahnen, welches die Entwicklungsfähigkeit zu einer gleichen Verteilung der Rechte in sich trage, und das könne allein das Pluralwahlrecht sein. Der Mehrheitsvorschlag sei für die Nationalliberalen unannehmbar. Abg. Dr. Spieß-Pina (Konf.): "Alle seien auf Entgegenkommen und Nachgeben angewiesen. Man könne nicht

mit dem Kopf durch die Wand rennen, deshalb könnten vor allem nur diejenigen Vorschläge auf Erfolg rechnen, die die Aussicht hätten, eine Mehrheit hinter sich zu haben. Die Eventualvorlage sei immerhin noch besser, als das jetzige Wahlgesetz. Er begrüßte den Antrag Andra und Genossen auf das freudigste, denn die Alterszufahrt erhalte doch jeder Arbeiter. Bei dem allgemeinen Unwillen, den die Bestimmungen des letzten Wahlgesetzes nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern in weiten bürgerlichen Kreisen hervorgerufen hätten, könne er nicht verantworten, ohne Resultat vor seine Wählerschaft hinzutreten. Er empfehle deshalb die Annahme des Vorschlages der Mehrheit. (Bravo rechts.) Abg. Andra (Konf.): Die Ausführungen des Abg. Enke über den Wert der Körperschaftswahlen seien grundsätzlich gewesen. Enke habe mit diesen Ausführungen die Würde des Hauses in seiner jetzigen Zusammenfassung herabgesetzt. Das Kompromiß mit der Wahlkreiseinteilung der Regierung sei das bessere. Bei der Einführung der Pluralstimmen sei es in gewissen Kreisen noch nicht bestimmt, daß die Ordnungsparteien in jedem Falle siegreich bleiben. Trotz aller Bedenken werde er für die Eventualvorlage stimmen. Abg. Günther (Frei.): Der Abgeordnete Andra habe sich einen guten Witz geleistet, als er gesagt habe, daß die Großstädte bereits jetzt genügend vertreten seien, besonders in der 1. Kammer. Dort säßen unter 41 Mitgliedern 27 Vertreter der agrarischen Interessen. Das sei doch keine genügende Vertretung der Großstädte. Redner bekämpft darauf die Deputationsvorschläge. Was man von den Petitionen zu halten habe, beweise die Tatsache, daß der Obermeister der Feisevinnung in Zwickau erklärt habe, daß er die Petition weder unterschrieben, noch seiner Innung vorgelegt habe, und doch sei in dem Deputationsberichte unter den Unterzeichneten der Petition diese Innung mit vertreten. Die Mittelstandsvereingung, die der Obermeister um Auskunft darüber ersucht habe, sei die Antwort schuldig geblieben. Obgleich die diesjährige Fraktion schwach sei, stehe sie doch an Schaffensfreudigkeit hinter keiner anderen Partei im Hause zurück.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Empfehle von heute
frischgeschlachtetes Mastriab- und
Schweine-Fleisch
Kalbfleisch à Pfund 65 Pfennige.
Morgen hausgeschlachtene Blut- u
Leberwurst Mittags Grützwurst.
Bruno Scholz.

Empfehle
ff. Mastriabfleisch, Schweine-
und Kalbfleisch.
Friedersdorf. M. Frenzel.

Warnung!
Ich bezahle nichts wenn meine
Frau Ida Geißler, geb. Freuden-
berg, jetzt in Obersteina auf meinen
Namen etwas borgen sollte.
Bruno Geißler, Oberlichtenau.

Guterhalt. Kinderstul-Schlitten
zu kaufen gesucht.
Offerten erbeten unter G. S. an
die Expedition dieses Blattes.

Anfängige von Pulsnitz M. S.
wählt alle
Herrn Ernst Adam und
Herrn
Robert Winkelmann.

Die seit 41 Jahren bestehende
Korbmacherei
von Wilh. Richter, Schloss-Str. 107b
empfeht sich einer geneigten Be-
achtung.

Puppenwagen und
sämtl. Korbwaren
findet man in gr. Auswahl.

**Seidene Kopf- u.
Ball-Schals,**
entzückende Neuheiten,
von M 1.50 bis M 12.—.
Carl Henning.
Restergeschäft

wird anständig, Leuten unt. günst.
Beding. einget. Laden nicht er-
forderlich. Off. unt. D N 7753
an Rud. Mosse, Dresden.

Die Klempnerei von Hugo Reissig am Hauptmarkt
gibt bekannt:
Die allerneuesten Muster in
la. Nacht-, Wand-, Tisch- und Hänge-Lampen
sind eingetroffen, sowie **Ampeln** in rot, blau und
grün, geätzt, manographiert und dekoriert.
Vogelkäfige und **Badehäuschen** in großer Auswahl.
Echte Solinger Taschenmesser in versch. Preislagen.
Plättglocken, Wärmflaschen, englische Kohlenkaste u. s. w.
Ferner mache auf mein neu eingeführtes **ff. Alu-Alu-
miniumkochgeschirr** noch aufmerksam.

Als passende Weihnachtsgeschenke
empfehle mein großes Lager in
Leinen, Inlett, Bettzeugen und Bett-Düchern,
Tisch-, Komoden- und Wäschdecken,
Tisch-, Hand-, Wisch- u. Taschentücher.
Köcke in Barchent, Tuch und Wolle, sowie fertige
Hemden und Hosen in weiß und bunt, ferner
Normal-Hemden, -Hosen und Unterjaden, Unter-
taillen, Strümpfe und Socken.
Krimmer-, Trikot- und gestricke Handschuhe
Faust- und Drescherhandschuhe.
Corsetts in allen Weiten u. Preislagen.
Kornelwesten u. Sweaters in gr. Auswahl.
Korsetts in schwarz, weiß und bunt.
Großes Lager in Jacken- und Hemdenbarchent,
sow. i. wollenen Strickgarne bei billigster Preisstellung.
Pulsnitz. Bruno Johne, Ramerzerstr. 261.

Unterzeichneter empfiehlt sein Lager
dauerhafter Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder,
sowie **Massarbeit** in bekannter Güte.
Emil Karte, Schuhmachermeister,
Pulsnitz, Schloss-Strasse 38
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Visitenkarten fertigen sauber
und billigt **G. L. Försters Erben.**

Fabrik Meissner Chamotte-Ofen,
Otto Hummel, G. m. b. H.
Königsbrück in Sachsen
empfeht ihre **Stuben-Ofen**
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung,
landwirtschaftliche Ofen, Küchen-Ofen u. Herde etc.
aus bestem, feuerbeständigem Meissner Chamotteton,
ferner **ff. Chamottesteine, Backofenplatten, Gartenbeet-
Einfassungen etc.** zu den billigsten Fabrikpreisen.
Das Aufstellen der Ofen wird auf Wunsch unsere geübten
langjährig erprobten Seher ausgeführt.

Auf die Beilage von **Paul Max**
Trepte, Milch- und Butterhalle,
sei hierdurch hingewiesen.

In **Pulsnitz** und **Umgeg.**
werden ver-
käufliche **Grundstücke**
gesucht. Angeb. erb. u. D R 1682
an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Keuchhusten
der Kinder, Husten, Heiserkeit. Schwar-
zer Johannisbeersaft. Flasche 50 Pfennige.
— Ein grossartig bewährtes Hausmittel. —
Max Jentsch, Central-Drogerie.

Korbwaren
jeder Art,
sowie reizende Artikel in
Kinder-Spielsachen
empfeht billigt in größt. Ausw.
Alwin Kieback,
untere Lange-Str. 328.

Immerbewährt
haben sich bei Husten und
Heiserkeit
**Eucalyptus
Mentholcaramellen**
Beutel 25 Pfennige bei
Felix Herberg, Mohrendrogerie.

Zu vermieten.
Wohnungen
in verschiedenen Preislagen per
1. Januar 1909 zu vermieten.
Baumeister P. Johne.

In meinem Grundstück Markt
324 ist die
II. Etage
pr. 1. Januar oder Ostern zu ver-
mieten. **Paul Mirisch.**

Reise-Decken,
Reise-Plaids,
Reise-Kissen
Reise-Necessaires
Kragen-Beutel zum Besticken.
Plaid-Hüllen
Schirm-Hüllen
Carl Henning.

Cocostlocken
R. Selbmann, Neumarkt 294.

GESUCHT
praktische
Erfindungen
Anfragen v. Firmen
liegen in großer An-
zahl vor. Dresden,
Waisenhausstr. 32.
ING. HÜLSMANN.

Zu verkaufen.
Ein gebr. Schaukelpferd
ist zu verkaufen
Pulsnitz M. S. No. 91.

Rasse-Kalbe,
1 Jahr alt, verkauft
Ernst Bauerdorf.

Offene Stellen.
Ein Knabe,
welcher Lust hat **Tischler** zu
werden, kann Ostern gute Lehrstelle
erhalten. Zu erst. in der Exp. d. Bl.



Oeffentl. Familienabend des Gustav-Adolf-Frauen-Ver.

Sonntag, den 6. Dezember, pünktlich 1/8 Uhr, im Saale des „Herrenhauses.“

VORTRAG des Pfarrers **Heise**-Dresden:
Erinnerungen und Gustav-Adolf-Erinnerungen an Strassburg.
Vorträge des Kirchenchores. — Andere Darbietungen.
Männer und Frauen aus Stadt und Land werden herzlichst eingeladen
— Eintritt frei. — **Die Vorsteherinnen.**

Hôtel Schützenhaus.

Sonntag und Montag, den 6. und 7. Dezember 1908

Haus-Kirmes.

Küche und Keller vorzüglich. ff. selbstgebackenen Kuchen.
Es ladet ganz ergebenst ein **J. Pioner.**



Gasth. Vergißmeinnicht, Niedersteina.

Sonntag, den 6. Dezember: **Junge Kirmes.**

Von nachmittags 4 Uhr an starkbesetzte Ballmusik mit Damen-Engagement.
Es ladet freundlichst ein **Emil Oswald.**

Kgl. S. Militärverein für Pulsnitz u. Umg.

Sonntag, den 6. Dezember nachm. 4 Uhr

General-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Gesamtvorstand,
durch **Hermann Sperling,** Vorstand.

Obstbauverein Ohorn.

Sonnabend, den 5. Dezember, im Gasthof König Albert-Eiche
Gründungs-Versammlung.
— Anfang punkt 8 Uhr. —

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend, den 5. Dezember 1908, von 10 Uhr an im Restaurant Bürgergarten soll eine

Wohnungs-Einrichtung

(gebrauchte Sachen) gegen Barzahlung versteigert werden. — Buffet, Vertiko, Pfeilerspiegel, Bettstelle mit 1 Matratze, Sofa, Komode, Stühle, Küchenschrank, Korbzither, Waschmaschine etc. **Wilhelm Richter, Auktionator.**

Das Strumpf- und Wollwarengeschäft

Schloßstr. No. 40 **Gustav Zimmermann** Schloßstr. No. 40

empfeht sein gut fortirtes Lager in
Aermelwesten, alle Größen und gestrickte Corsets,
Dualeten, Wollene Vorhemdchen, sehr schöne
Strümpfe, Socken, gewalzte und neue Muster,
gestrickte Waren, Handschuhe aller Arten,
Unterhosen, Kinder-Anzüge in Pa's- und Kniewärmer,
Wolle und Baumwolle, Leibbinden, Fuss-Schlüpfel,
Normalwäsche, Schwitzer in großer Auswahl, Wollene Kopftücher,
Damen-Untertailen mit und ohne Chenilletücher und -Shwals,
Aermeln, gestrickte Kinderkleidchen,
Zuavenjäckchen, Röckchen und Mützen.
Wollene Strickgarne, Kleeblattmarke
in bekannter Güte.

Tisch-Decken

in neuen, modernen Ausführungen, auch einem
• verwöhntem Geschmack Rechnung tragend. •

Komoden-Decken, Garnituren, Bett-Decken, weiss und bunt,
Sofadecken, Bettvorlagen, Kameelhaardecken, Steppdecken.

Reichsortirtes Lager, *****
***** Sehr mässige Preise.

Carl Henning.

Bienenzüchterver. Pulsnitz.

Sonntag, d. 6. Dezember,

nachmittags 1/4 Uhr

Versammlung.

Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt nötig. Der Vorstand.

Fuhrmanns - Verein.

Nächsten Sonnabend, abends 9 Uhr

Versammlung

bei Pollacks. Um zahlreiches Erscheinen und Abführung der Steuern bittet der Vorstand.

Als passende Weihnachts-Geschenke

empfehle zu sehr billigen Preisen

- Tischdecken
- Decken-Garnituren
- Wachdecken
- Sofadecken
- Bettdecken
- Schlafdecken
- Kameelhaardecken
- Barchent-Betttücher
- Badetücher

- Bettzeuge
- Bettlamaste
- federdicke Inlets
- Tafeltücher
- Tischtücher
- Handtücher
- Servietten
- Wischtücher

- Chenille-Shawls
- Ball-Shawls
- Unterröcke
- Taschentücher
- Halstücher
- Fertige Hemden
- usw. usw.

Fedor Hahn.

Für die überaus vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem so frühen Hinscheiden unseres innigstgeliebten, unvergesslichen Liebings **Elisabet** sprechen wir hierdurch allen unsern tiefgefühltesten Dank aus.
Pulsnitz M. S.
Die tieftrauernden Eltern und Geschw. **Richard Nitzsche u. Frau**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem so plötzlichen Hinscheiden unseres innigstgeliebten, unvergesslichen Söhnchens **Arno** sagen wir hierdurch allen unsern **herzlichsten Dank.**
Oberlichtenau.
Die tieftrauernden Eltern **Emil Reppe und Frau.**

Zum Weihnachtsfest.



Als passende Geschenke

empfehle in größter Auswahl:

Moderne Weihnachts-Stoff-Blusen

in schönsten Dessins, Bluse M 1.70, 2.50, 2.75 bis zu den elegantesten Genres.

Weihnachts-Kleider, einfarbig und gemustert, **Kleid M 3.50, 4.50, 5.— u. s. w.**

Weihnachts-Unterröcke

in Tuch-Stoffen und Halblich, in allen Farben, hübsch besetzt, Stück Mart 1.95, 2.50, 2.75 und besser.

Aparte Balkkleiderstoffe in weiß und bunt!

Jaquettes und Saccos.

Für junge Mädchen besonders preiswerte Fassons. **Schlafdecken • Kameelhaardecken • Kostümröcke • Abendmäntel** — sehr billig. —

Bettbezüge in weiss und bunt. • Tisch-, Hand- und Wischtücher.

Aug. Rammer jr.

Pulsnitz, Langestr. 26/27.
♦♦♦ Beachten Sie bitte meine Fensterauslagen! ♦♦♦

DANK.
Beim Abgange vom Gemeindevorstand bin ich vom geehrten Gemeinderat unter Anspache des Herrn Vorstandes Kießling reich beschenkt worden. Hierfür sage ich meinen **besten Dank,** ebenso Dank Herrn Gastwirt Hegemann für das schöne Geschenk.
Kleinbittmannsdorf, im Dezember 1908.
Johann Traugott Eichler.

Fritz Schloms, Künstliche Zähne aller Art
Plombieren
Zahnziehen Zahnreinigen
Zahntechniker Nervtöten u. s. w.
Pulsnitz, am Markt 23. — Schonendste Behandlung —

Danksagung.
Für das zahlreiche Geleide zur Stätte des Friedens am Begräbnistage seiner lieben **Frau** sagt Unterzeichneter Allen Allen seinen **aufrichtigen Dank.**
Insbesondere Herrn Pastor Reich für den ausgesucht passenden Text aus Gottes Wort.
Pulsnitz M. S. **Julius Philipp.**



Beilage zum Pulsniker Wochenblatt

Donnerstag

— Nr. 145. —

3. Dezember 1908.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Abg. Kühlmorgen (Kons.): Die Meinung Günthers, nach dem Vorschlag Träber-Heymann würden ungefähr 80 Prozent der Wählererschaft von jedem Wahlrechte ausgeschlossen, beruhe auf einem Irrtum. Abg. Müller-Leipzig (Nat.) stellt fest, daß er sich in einer Sonderstellung befinde. Den Eventualvorschlag müßte er mit einem Vorschlag vergleichen. Aber der Vorschlag werde in Zukunft nicht das halten, was er jetzt verspreche. Er könne nicht dafür stimmen, denn die Leute die ihn seit 30 Jahren als einen vernünftigen und wohlwollenden Mann ansehen, müßten doch alles Vertrauen zu ihm verlieren. Er stimme für gar nichts mehr und wünsche nur, daß die 1. Kammer erfolgreicher arbeiten möge, als die zweite. Abg. Schick (Nat.): Auf den Standpunkt des Vorredners könne er sich nicht stellen. Wenn das Dekret Nr. 12 von der 1. Kammer zurückkäme, würde man vor denselben Schwierigkeiten stehen, wie jetzt. Er hoffe, daß es doch noch gelingen werde, auf dem Boden des Kompromisses zu einer Einigung zu kommen. Durch die Eventualvorlage würde allerdings nur neue Unzufriedenheit ins Volk getragen werden. Abg. Hähnel (Kons.) verteidigt die Eventualvorlage, deren Wahlkreiseinteilung in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen worden sei. Diese Wahlkreiseinteilung würde den Großstädten von den 96 vorgesehenen Abgeordneten 26 sichern. Das sei doch gegenüber den jetzigen 14 Vertretern der Großstädte ein erheblicher Fortschritt. Er hoffe, daß die Nationalliberalen sich zu einer Revision ihrer Ansichten entschließen. Die Wahlreform müsse unbedingt in der zweiten Kammer zu einem Ende kommen, damit die Angelegenheit auch von der ersten Kammer und überhaupt endgültig zur Entscheidung gebracht werden könne. Abg. Hettner (Nat.) widerspricht den Ausführungen Hähnels. Die Wahlkreiseinteilung sei allerdings in erster Lesung angenommen worden. Es hätten sich aber damals viele nationalliberale Abgeordnete nach einer langen Sitzung entfernt. Auch sei diese Lesung unverbindlich gewesen. Bei der zweiten verbindlichen Lesung hätten tatsächlich alle Nationalliberalen gegen die Wahlkreiseinteilung gestimmt. Nach dem Eventualvorschlag sollte den Großstädten von den 96 Abgeordneten ein Prozentsatz von 6,2 zugestanden werden, während nach dem jetzt gültigen Wahlrechte der Prozentsatz bei 32 Abgeordneten für die Großstädte nur 6,1 betrage. Das sei ein so minimaler Fortschritt, daß man dem Eventualvorschlag nicht zustimmen könne. Abg. Ehret (Nat.) bebauert, daß der Vorschlag der Staatsregierung so kurzer Hand abgewiesen worden sei, obwohl das Wahlrecht durch Kommunalvertreter keine Zustimmung nicht finde. Auch mit dem Eventualvorschlag könne er sich allerdings in keiner Weise einverstanden erklären, da sie keine Zufriedenheit in die Wählermassen bringen würde. Er werde für die Minderheitsvorschläge stimmen, die wenigstens noch einigermaßen geeignet seien, die Gefühle zu befriedigen. Abg. Ulrich (Kons.): Die Freisinnigen suchten Rekruten für ihre Sache zu werben. Deshalb machten sie immer soviel Versprechungen. Es werde aber einmal eine Zeit kommen, daß die Rechnung bezahlt werden müsse, und dann könnten Günther und seine Freunde in große Verlegenheit kommen. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Müller, die nicht ernst zu nehmen seien. Abg. Schanz (Kons.): Solange die Arbeiterklasse ohne selbst sozialdemokratisch zu denken und zu fühlen, zu etwa 90 Prozent den sozialdemokratischen Agitatoren nachlaufe, solange könnten die Arbeiter nicht als Ganzes bevorzugt werden. Es sei bedauerlich, daß die nationalen Arbeiter darunter zu leiden hätten. Die Arbeiter müßten eben zu nationalen Arbeitern erzogen werden. Der Abg. Hettner habe in der Deputation nach dem Grundgesetz verhandelt, ich gebe von meinem Standpunkte nicht ein Zent auf. Das sei doch keine Verhandlung. Abg. Grobe (Nat.) erklärt, an der Wahlkreiseinteilung das Zustandekommen eines Wahlgesezes nicht scheitern lassen zu wollen. Er gönne der Landwirtschaft alles Gute, werde aber den Eindruck nicht los, daß durch die Eventualvorlage die Landwirtschaft gestärkt und die Industrie geschwächt werden solle. Der Eventualvorschlag gehe auch in bezug auf Konzeptionen an den Mittelstand zu weit. Ein Wahlgesez auf Grund des Kompromisses wäre die beste Lösung. Abg. Hettner (Nat.) meint, ein größerer Einfluß könne dem Mittelstande nicht gewährt werden, als in dem Minderheitsantrage geschehe. Nachdem gegen 3 Uhr die Generaldebatte geschlossen war, wobei eine große Anzahl Redner noch auf das Wort verzichtet hatte, fand die Abstimmung über denjenigen Deputationsantrag statt, der lautete: Die Kammer wolle beschließen, den mittels königlichen Dekrets Nr. 12 den Ständekammern vorgelegten Entwurf zu einem Wahlgesez für die 2. Kammer der Ständeversammlung im ganzen abzulehnen. Bevor über diesen Antrag abgestimmt wurde, fand eine Abstimmung über einen Eventualantrag des Vizepräsidenten Opitz statt, hinter dem Worte „Ständeversammlung“ einzuschalten „in der ersten Fassung“. Dieser Antrag fand mit 43 gegen 29 Stimmen Annahme. In namentlicher Abstimmung erklärten sich darauf 72 Abgeordnete für den Deputationsantrag. 4 konservative Abgeordnete stimmten dagegen. Hierauf trat man in die Spezialberatung über den Eventualentwurf ein. Zu § 1, dessen Annahme der Berichterstatter der Mehrheit sowohl wie der der Minderheit empfehlen, führt Staatsminister Dr. Graf von Hohenthal nochmals die Gründe an, die die Regierung veranlaßt hätten, zur Eventualvorlage zu kommen. Er erklärt, daß zwar die Verhältnismäßigkeiten eigentlich die einzige Möglichkeit böten, die Minoritäten im Lande zu schützen. Da aber keine Aussicht vorhanden gewesen sei,

die Verhältniswahlen für das ganze Land durchzuführen so habe die Regierung auf der Einführung der Verhältnismäßigkeiten für die Großstädte bestehen müssen. Hier würden die Minderheiten auch geschützt werden. Zum Beispiel seien ja auch die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine zumeist in den Großstädten wohnhaft. Der Minister legt dann an der Hand einer großen Anzahl von Ziffern dar, daß trotz der Zuteilung von 4 Stimmen immer noch die Arbeiter usw. einen doppelt so großen Einfluß als die Wähler mit 4 Stimmen besitzen würden. Zu § 1 stellt hierauf der Abg. Dr. Spieß-Pirna (Kons.) einen Antrag, den § in folgender Fassung anzunehmen: Die Abgeordneten der 2. Kammer der Ständeversammlung werden auf Grund nachstehender Vorschriften gewählt. Der Antrag Spieß läßt also die Zahl der Abgeordneten offen oder sieht eventuell von einer Vermehrung der Wahlkreise ab. Der Antrag Spieß wird mit 43 gegen 34 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Konservativen, dagegen die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Abgeordneten Behrens und Durr (Kons.). Zu § 3, der im Absatz von der Integralerneuerung handelt, liegt wieder ein Antrag Dr. Spieß vor, zu beschließen, daß dieser Absatz gestrichen werde. Die Kammer beschließt mit 43 gegen 34 Stimmen die Streichung des Absatzes vorzunehmen. Auch der ganze § 1 wird mit den beschlossenen Änderungen mit 43 gegen 34 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Debatte fragt Abg. Langhammer die Regierung, ob bei der Aufstellung des Heintzschens Wahlkreises jemand mitgearbeitet habe. Abg. Vogel nennt als diesen Mitarbeiter den Abgeordneten Schmidt. Geheimrat Heintz erklärt, daß er in Erfüllung der Bitte der Wahlrechtsdeputation, eine neue Wahlkreiseinteilung zu schaffen, sich nicht nur mit Verwaltungsbeamten, sondern auch mit Abgeordneten der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Richtungen besprochen habe, unter Anderen auch mit dem Abgeordneten Schmidt der zweifellos der mit den lokalen Verhältnissen Sachsens am besten vertraute agrarische Herr sei. Abg. Langhammer bemerkt hierzu, daß er auf Umfrage erfahren habe, daß nicht ein einziger Nationalliberaler bei dieser Heintzschens Wahlkreiseinteilung mitgewirkt habe. Demgegenüber konstatiert Abg. Hettner, daß er dem Geheimrat Heintz sein Material über eine neue Einteilung der Wahlkreise schriftlich übergeben habe. Abg. Günther meint, der Heintzschens Wahlkreiseinteilung stelle damit nicht mehr die Weisheit der Regierung dar, sondern diese habe sich ihre Weisheit vom Abg. Schmidt als Vertreter der Landwirte ergänzen lassen. Es hätte alles vermieden werden sollen, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Behauptung von dem Vorhandensein einer Nebenregierung richtig sei. Ein darauf folgender Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Zu Absatz 2 des § 7, welcher lautet: In den Ortschaften, die für sich oder mit Anderen mehrere Wahlkreise bilden, werden diese auf Vorschlag der Gemeindebehörden durch das Ministerium des Inneren festgestellt, liegt ein Antrag der Minderheit vor, diesem Absätze die folgenden 2 Sätze hinzuzufügen: „Diese Einteilung ist alsbald der Ständeversammlung vorzulegen. Ihre Aenderung ist nur durch Gesetz zulässig.“ Die Kammer beschließt nach längerer Debatte zunächst die Wahlkreiseinteilung der Minderheit (Entwurf Hettner) mit 41 gegen 36 Stimmen abzulehnen. Darauf wird auch die Wahlkreiseinteilung der Regierung mit 40 gegen 37 abgelehnt, desgleichen auch der Minoritätsantrag zu dem Absatz 2 des § 7 und zwar mit 41 gegen 36 Stimmen. Darauf vertagt sich die Kammer auf morgen Vormittag 10 Uhr.

Dresden, 1. Dezember. Die Erste Kammer nahm heute zunächst die Anträge zu Kapitel 73 bis 82 und zu Kapitel 1 des ersten Nachtrages zum ordentlichen Etat für 1908/09 betr. den Etat des Ministeriums der Finanzen in Schlußberatung und genehmigte alle Einteilungen nach der Vorlage und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Hierauf wurden Eisenbahnpetitionen erledigt und beschloffen, die Petitionen des Stadtgemeinderates zu Wildenfels und Gen. um Erbauung einer vollspurigen Eisenbahn von Wiesenburg nach Wildenfels der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, weitergehende Wünsche zurzeit aber auf sich beruhen zu lassen. Die Petition des Gemeinderates zu Lauter und Gen. um Anlage einer Industriebahn vom Bahnhof nach dem Orte Lauter wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen. Die Petition der Vereinigung für eine normalspurige Verbindungsbahn Neisseal-Bernstadt-Löbau und Gen. um Herstellung der genannten Verbindungsbahn ließ man auf sich beruhen. Die Petition der Gemeinde Müschwitz um Errichtung eines Haltepunktes an der Linie Gera-Weißfisch wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen. Die Petition des Privatmannesormaligen Rechnungsinspektors Wolf in Dresden um Gewährung einer Pension ließ man auf sich beruhen.

Dresden, 2. Dezember. Zweite Kammer. Das Haus setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlagen fort. Die Tribünen waren sehr gut besetzt. § 8, der von der Stimmberechtigung handelt, wurde, wie auch § 9, der von der Ausschließung des Stimmrechts handelt, ohne Debatte angenommen. Eine sehr lange Debatte entspann sich nun zu § 10. Hier liegen die Anträge der Mehrheit vor, die Wähler in zwei Gruppen einzuteilen; und zwar steht der Eventualvorschlag Wählergruppen von einer und vier Stimmen vor. Weiter steht seitens der Konservativen der Antrag Andra zur Verhandlung, eine dritte Gruppe zu bilden, wonach den Wählern, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, eine Zusatzstimme

gewährt werden soll. Schließlich liegt noch der Antrag der Minderheit vor, der im ganzen nur drei Pluralstimmen gewähren will. Der Berichterstatter der Mehrheit empfiehlt ganz kurz die Bestimmungen der Eventualvorlage. Der Berichterstatter der Minderheit Abg. Hettner (nat.) begründet ausführlich die Anträge seiner Partei und nach ihm in gleich ausführlicher Weise der Abg. Merkel (nat.). An der Debatte beteiligten sich ferner Staatsminister Dr. Graf v. Hohenthal, der den Standpunkt der Regierung rechtfertigt. Abg. Andra (Kons.) begründet seinen Antrag auf Erteilung einer Zusatzstimme an die Wähler, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, und tritt im übrigen für die Eventualvorlage ein. Abg. Dr. Höpfel (nat.) verteidigt den Standpunkt der Minderheit der Deputation, während der Abg. Ulrich den Eventualvorschlag in sehr ausführlicher Weise bekräftigt. Staatsminister Dr. Graf v. Hohenthal tritt einigen Ausführungen des Abg. Merkel entgegen und bemerkt unter anderem, daß die Regierung von Anfang an ganz konsequent gehandelt habe. Nachdem sie sich überzeugt habe, daß die im Rgl. Dekret Nr. 12 enthaltenen Vorschläge nicht auf Annahme bei den beiden großen Parteien des Hauses hätte rechnen können und nachdem sie auch ersehen, daß die im Kompromiß enthaltenen Vorschläge nicht diejenige Gewähr böten, die für ein neues Wahlgesez unerlässlich sei, sei sie auf die Eventualvorlage gekommen. Er wolle auf die einzelnen Ausführungen der Redner nicht näher eingehen, aber entgegenzutreten müsse er doch der Bemerkung, daß er es für unerfreulich finde, wie jemand aus dem Hause dem Eventualentwurf nachsagen könne, er sei schlechter als das bestehende Gesez. Abg. Langhammer polemisiert gegen den Abg. Ulrich und verwirft die Eventualvorlage. Er tritt dann für die Minderheitsvorlage ein, indem er sich unter anderem auch mit dem Geheimrat des Ministers Grafen Hohenthal bezüglich der Amtsblattpreise beschäftigt, auch die Mittelstandsvereinigung in den Kreis seiner Erörterung zieht und zum Schluß bemerkt, es müsse alles eingeleitet werden, um die Wahlreform im Sinne des Königs zum Abschluß zu bringen. Seine Parteifreunde seien bereit, Opfer zu bringen, sie würden nicht steif auf dem Parteistandpunkt, und wenn es sich auch bei der Wahlkreiseinteilung um ihre Stellungnahme handelte, so würden sie eventuell sich an das Bestehende anlehnen, allerdings unter Berücksichtigung der durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bedingten Bedürfnisse. Am Schluß seiner Ausführungen wird Abg. Langhammer von mehreren Zwischenrufen und Gelächter auf der rechten Seite des Hauses unterbrochen, worauf er den Konservativen erregt zuruft: „Meine Herren, sind sie nicht lächerlich? Sind Sie denn Komiker geworden?“ Präsident Dr. Mehnert bemerkt hierauf, derartige Ausdrücke hätte Redner zu unterlassen. Der Ton könne kaum noch weiter herunterkommen, er müsse bitten, daß von allen Seiten sich die größte Mäßigkeit gegeben werde, den Ton wieder höher zu bringen. Abg. Grumbt (freil.) erklärt, nicht mit der Mehrheit stimmen zu können. Abg. Günther (freil.) verwirft sowohl die Mehrheits- wie die Minderheitsvorschläge und plädiert für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Abg. Behrens tritt vollständig auf die Seite des Abg. Grumbt. Abg. Förster (Kons.) verteidigt die Eventualvorlage. Abg. Träber tritt für das 66. Wahlgesez ein. Nach längerer Beratung nahm das Haus einen Antrag auf Schluß der Debatte an. Es erfolgten fünf Abstimmungen. In den ersten drei Abstimmungen wurden sämtliche Anträge der Minderheit mit 45 gegen 31, 46 gegen 31 und 47 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Hierauf werden die Anträge Andra und Genossen mit 42 gegen 35 Stimmen und der gesamte § 10 mit 40 gegen 37 Stimmen angenommen. Hierauf wurde § 11 ohne Debatte angenommen. Zu § 12 stellte Abg. Spieß (Kons.) den Antrag, einen neuen § 12a in folgender Fassung zu beschließen: „Für die Zahl und Abgrenzung der Wahlkreise gelten die gesetzlichen Bestimmungen.“ Abg. Schill (nat.) äußert gegen die Annahme dieses Antrages verfassungsmäßige und geschäftsordnungsmäßige Bedenken. Es solle hier auf einem Umwege der § 7 mit der Wahlkreiseinteilung wieder eingebracht werden. Nach längerer Debatte wird der Antrag Spieß mit 44 gegen 35 Stimmen angenommen. Ebenso werden die §§ 13-17 ohne wesentliche Debatte angenommen. Zu § 18, der von den Verhältniswahlen handelt, stellt Abg. Brückner (freil.) zwei Anträge. Der erste lautet: In dem Wahlkreise der Stadt Plauen und dem mit ihr zu einem Wahlkreise verbundenen Ortschaften, ferner in den Wahlkreisen, die in den Städten Zwickau, Dresden, Leipzig gebildet werden, erfolgen vom Jahre 1910 ab die Wahlen nach den Grundgesetzen der Verhältniswahlen. Der zweite Antrag lautet: Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, so bald als möglich, doch spätestens dem nächsten Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, wodurch die Wahlkreise der großen Städte vermehrt werden und zwar dergestalt, daß die Verhältniswahlen nur innerhalb der einzelnen Großstädte und der ihnen zugewiesenen Ortschaften stattfinden haben. Die Anträge werden von den Nationalliberalen heftig bekämpft. Abg. Höpfel (nat.) erklärt: „Wenn wir nicht ein Ende machen mit solchen unglücklichen Mitteln und mit solchen unzulänglichen Gründen, wo soll da das Aussehen des Hauses bleiben?“ Die Brücknerschen Anträge werden darauf mit 40 gegen 37 Stimmen angenommen. Die §§ 39-51 werden ebenfalls ohne wesentliche Debatte angenommen. Bei § 52 wird auf Antrag Spieß der Abg. 2 „Wird ein Beamter zum Abgeordneten einer der beiden Kammern gewählt, so hat er dies seiner vorgesetzten Dienstbehörde anzuzeigen. Einer Genehmigung zur Annahme der Wahl bedarf es nicht. Auch ist er während der Sitzungsperiode auf seinen Wunsch von den Dienstgeschäften zu entbinden“ getrichen und sodann der § 52 angenommen. Das Haus beschließt hierauf in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 37 Stimmen, den gesamten Eventualentwurf mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen. (Die Liste begleitet die Bekanntgabe des Ergebnisses mit „Hört, hört“.) Hierauf wird der sozialdemokratische und der freisinnige Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, bezw. auf Rückkehr zu dem 1868er Wahlrecht gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die vorliegenden Petitionen beschließt das Haus, auf sich beruhen zu lassen. Um halb 6 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Lesung zur Novelle der Gewerbeordnung bei den Bestimmungen über die Arbeitszeit für Arbeiterinnen fort. Die Erörterung ergab schließlich mit 129 gegen 127 Stimmen die Annahme des Antrages des Abg. Fleischer (Zw.), nach dem die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Sonntagen bis zu 8 Stunden gestattet sein soll, soweit betriebstechnisch dadurch die Weiterarbeit anderer Arbeiter bedingt ist. Darauf wurde jedoch die gesamte, eben durch den Antrag Fleischer abgeänderte Abstimmung über den sechsständigen Sonntagsarbeitsstag gemäß dem Antrage der Abg. Ablaß (fr. Vp.) und Stresemann (nat.) wieder gestrichen. Die über die Kommissionsbeschlüsse noch hinausgehenden sozialdemokratischen Anträge wurden ansatzlos abgelehnt. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der die Mitnahme von Arbeit zur Verdrückung außerhalb des Betriebes für Arbeiterinnen generell verboten will. Es blieb bei den Kommissionsbeschlüssen, nach denen ein Verbot nur für die Tage gilt, an welchen die Arbeiterinnen in den Betrieben bereits die gesetzlich zulässige Arbeitszeit beschäftigt waren. Ein anderer Paragraph behandelte die Arbeitszeit bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit. Er sieht für Arbeiterinnen über 16 Jahren die Beschäftigung bis 9 Uhr abends an Wochentagen außer Sonntagen vor, wenn die Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreitet, aber gestattet diese längere Arbeitszeit nur für 40 Tage. Ein sozialdemo-



fraktischer Antrag wollte diese außergewöhnliche Arbeitszeit auf höchstens 11 Stunden ausdehnen lassen. Hingegen wollte ein Antrag Stresemann die verlängerte Arbeitszeit gemäß der Regierungsvorlage für 60 Tage gestatten. Nach kurzer Erörterung wurden die Kommissionsbeschlüsse unter Ablehnung beider Anträge angenommen. Ein Versuch der Sozialdemokraten, den Geltungsbereich der Vorlagen von Betrieben, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden, auf diejenigen Betriebe auszudehnen, für die in der Regel mindestens 5 Arbeiter beschäftigt sind, wurde von den bürgerlichen Parteien gleichfalls abgewiesen. Nach Erledigung einiger weiterer Paragraphen trat Vertagung ein.

Bei starkem Andrang in Haus und Tribünen begann der Reichstag am Mittwoch die Beratung der Anträge auf Änderung der Verfassung, insbesondere auf Festlegung der gesetzlichen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eröffnete die Beratung mit einer kurzen Erklärung. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers sei durch Erlass der Reichsverfassung als politisches Prinzip hingestellt worden, und seien inzwischen auch wiederholt vom Reichstage Anträge auf Änderung dieses Prinzips beraten worden, so sei es doch nie zu bestimmten Beschlüssen gekommen. Deshalb hat der Bundesrat seither noch keinen Anlaß gehabt, sich mit diesem Gegenstand zu befassen, und wenn jetzt dem Hause so weitgehende Anträge unterbreitet seien, so wollen die Bundesregierungen auch hier wieder erst das Ergebnis der Beratungen abwarten. Der Reichstag möge aber zur Kennntnis nehmen, daß die Bundesregierungen sich auch durch den unmittelbaren Eindruck der Ansichten und Stimmungen des Reichstages für ihre Entscheidungen besondere Unterlagen verschaffen möchten. Den freisinnigen Antrag begründete Abg. Dr. Müller-Meinungen. Seine Freunde wollen die staatsrechtliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zur Durchführung bringen. Der Reichskanzler habe gelegentlich selbst anerkannt, daß sich seine Verantwortlichkeit auch auf Kundgebungen des Kaisers erstrecken müsse. Dieser Stellungnahme müsse die staatsrechtliche Grundlage gegeben werden. Neben den verantwortlichen Reichskanzler müssen verantwortliche Staatssekretäre treten, denn die Reichsregierung sei inzwischen so kompliziert geworden, daß ein einzelner die Verantwortung allein nicht mehr tragen könne. Eine ähnliche Begründung fand der Antrag des Zentrums durch den Abg. Dr. Spahn (Str.). Hingegen ging der Abg. Edebour (Soz.) bei der Begründung des sozialdemokratischen Antrages erheblich weiter. Er meinte zunächst, das gegenwärtige Regierungssystem habe in der äußeren und inneren Politik völlig fiasco gemacht, und der Reichstag müsse daraus jetzt die vollen Konsequenzen ziehen. Diese bestehen in der Schaffung des demokratischen Patrifularismus. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt die Macht in den Händen, den demokratischen Parlamentarismus zu erzwingen; sie mögen nur den Mut dazu haben. Die Rede, die sich vielfach in Uebertreibungen bewegte und die ganze Angelegenheit mit zahlreichen Scherzen behandelte, rief bald die Heiterkeit, bald den Unwillen des Hauses hervor. Abg. Graf Mielcynski (Pole) trat gleichfalls für ganze Arbeit bei Änderung der Verfassung ein. Abg. Junck (nlt.) war zwar für die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, aber er machte sich auch den freisinnigen Antrag nicht in vollem Umfange zu eigen und lehnte insbesondere verantwortliche Reichsminister ab. Abg. v. Dierßen (Rp.) wandte sich gegen den Antrag, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Parlament zu übertragen, und lehnte die Ministerverantwortlichkeit ab, wobei er zu bedenken gab, daß gerade der gegenwärtige Kanzler die Verantwortung stets streng genommen habe. Darauf trat Vertagung auf Donnerstag ein.

Oertliches und Sächsisches.

— Drei Dinge gehören zu einem guten Weihnachtsgeschäft, wie es jetzt nach und nach anzuheben soll: Das Publikum muß das nötige Klein-Geld zum Eintaufen haben; es müssen Weihnachtsartikel da sein, die gefallen; und endlich müssen die gebefrohen Leute von diesen neuesten Christfestgaben Kenntnis haben. Denn das beste Produkt der Weihnachtsindustrie verliert seinen Wert wenn's niemand kennt. Das die Zeiten schlecht sind, und niemand Geld haben will, trotzdem auf jeden Kopf 5000 Mk. deutschen Nationalvermögens entfallen, wird ja jeden Tag gesagt; aber auch der am meisten stöhnende Deutsche wird schon anderen Sinnes, wenn nur Weihnachten ganz nahe ist, denn er macht die heilsamste aller Energien, die des Kaufens. An schönen Weihnachtsgeschenken fehlt es dies Jahr noch weniger als sonst. Gewerbe und Industrie folgen gern den Ansprüchen des Publikums, das für sein Geld oft Gegenstände erhält, die unsere Großväter und Großmütter sich kaum denken konnten. Vielleicht ist mancherlei nicht unbedingt nötig. Aber wo große Neuerungen verwirklicht werden, fällt auch für die Jugend genug ab. Also nun das Bekanntmachen der schönen Dinge. Der Platz im Schaufenster und in der Weihnachtsausstellung ist wertvoll, aber die beste Dienerin den Geschäftsleuten bleibt die Zeitungs-Anzeige, die mit höflicher Bitte und abgezogener Kappe ins Zimmer tritt. Und wo es sich ermöglichen läßt, spezialisieren wir in der Weihnachts-Annonce. Das vielbeschäftigte Publikum will direkt auf etwas hingewiesen sein. Wahl macht Dual; schon oft vor einer langen Speisefarte in den Restaurants, um wieviel nicht erst bei all den Weihnachtsgeschäften. Die rechte Weihnachtsgeschäfte wirkt stets; die Kauflustigen schauen auf sie, wie nach der Uhr an der Wand; auch sie zeigt, was die Glocke geschlagen hat.

— S. K. Die Selbstverwaltung für Deutsch-Südwestafrika ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, in ihrem ganzen Umfange vom Staatssekretär des Reichskolonialamts in der Weise genehmigt worden, wie sie von Dr. Külz entworfen worden war. Damit ist ein in unserer Kolonialgeschichte einzigartig dastehendes Verfassungswerk geschaffen. Wie kürzlich gemeldet wurde, waren der Gouverneur von Schuchmann und Dr. Külz persönlich aus dem Schutzgebiete in Berlin erschienen, und es ist die jetzt erfolgte Genehmigung zweifellos das erste Resultat ihrer Arbeiten im Kolonialamt. Im Schutzgebiet von Südwestafrika wird man diese Genehmigung mit besonderer Freude begrüßen, da es dort nicht unbekannt geblieben war, daß manche hemmenden Einflüsse in letzter Stunde gegen die Einführung sich geltend gemacht hatten. Auch im Mutterlande wird man es mit Genugtuung begrüßen, daß im Jubeljahre der Stein'schen Reform der Gedanken der Selbstverwaltung auch im überseeischen Deutschland sich lebensfähig erweist. Dr. Külz, der Schöpfer dieser kolonialen Selbstverwaltung ist, wie verlautet, nach Abschluß der Arbeiten wieder in den Kommunaldienst, und zwar auf seinen früheren Posten nach Bückeburg zurückgekehrt. Nachdruck verb.

— Dezemberzeit. Der Dezember ist derjenige Monat in dem die Tage am meisten abnehmen, gegen

dessen Ende hin sich auch schon wieder eine kleine Zunahme der Lichtdauer bemerkbar macht. Bis zum 22. unseres Monats nimmt die Tageslänge 23 Minuten ab, von diesem Datum an hingegen steigt sie bis zum letzten Dezember 9 Minuten. Am 22. Dezember, dem kürzesten Tage des Jahres, der auch den Namen Wintersonnenwende oder Winter Sonnenwende führt, tritt die Sonne in das Zeichen des Steinbocks, hat sie um Mittag den größten Abstand vom Scheitelpunkte. Die Phasen des Mondes sind im Dezember wie folgenden: am 7. nachts 11 Uhr Vollmond, am 15. nachts 10 Uhr letztes Viertel, am 23. nachmittags 1 Uhr Neumond und am 30. vormittags 7 Uhr erstes Viertel. Das diesjährige Weihnachtsfest ist also ohne Mondenschein.

Vermischtes.

* Luftbahnhöfe. In Frankreich beschäftigt man sich ernstlich mit dem Gedanken an die Errichtung von Luftbahnhöfen. Zeugnis dafür legt auch ein Aufsatz in der Sportzeitschrift „Aero“ ab, der von einem Ingenieur G. Maulelet geschrieben ist, und der die zeitgemäße Frage der Errichtung von Stationsgebäuden für die Reisenden des Luftmeeres behandelt. Er sagt darin: Es ist unmöglich, die bisher üblichen Hallen für die „Leitbaren“ zu benutzen, da die meisten derartigen Gebäude nicht im Innern der Städte errichtet werden können. Nehmen wir beispielsweise eine dem Touristenverkehr dienende Leitbarenlinie zwischen Paris und Genf an, die zu bestimmten Stunden abgeht, so könnte ja vielleicht bei der Entfernung von etwas über 600 Kilometer zwischen beiden Städten die Reise in einem Zuge gemacht werden oder auch mit Station in der Mitte, etwa in Lugère oder Dijon. In der Umgebung dieser Städte müßte dann eine Halle sein, die dem Luftschiff erlaube, sich neu zu verproviantieren, ebenso den Reisenden, falls es nötig ist. Kommt es in Genf an, so wäre es natürlich unlogisch, die Fahrgäste in der Endhalle zu landen, die 10 oder 15 Kilometer von der Stadt entfernt sein kann. Es muß daher für möglichst günstig gelegene Luftbahnhöfe an verschiedenen Punkten der Stadt gesorgt werden, denn selbstverständlich kann ein Leitbarer nicht auf einem öffentlichen Platz oder in einer Straße landen. Dafür eignen sich Gebäude mit Dachterrasse am besten; aber man mußte natürlich an den Seiten dieser Gebäude Fahrstühle und Aufzüge errichten, die sich innerhalb metallischer Säulen bewegen, und die Terrasse muß geräumig sein. Man tut daher gleich besser, man errichtet besondere Gebäude, auf denen die Leitbaren anfahren, ihre Fahrgäste abladen, die dann nur in den Fahrstuhl zu steigen brauchen, um die feste Erde zu erreichen. Auf diesen Bahnhöfen müßten selbstverständlich Stationen für drahtlose Telegraphie eingerichtet werden, die Ankunft und Abfahrt der Ballons anzeigen. Das wird besser sein, als die schon vorhandenen Gebäude mit ihren Terrassen zu benutzen; man wird eben metallische Türme in großer Höhe bauen, wo der „Luftzug“ landet. Hieraus ergibt sich, welche neue Aufgabe des Architekten und Ingenieurs der Zukunft harret: der Luftbahnhöfe, der auch, daran zweifeln wir nicht, dem Kunstgewerbe neue Anregungen geben wird.

* Ein niedliches Geschichtchen weiß die „Leipz. Ver.“ vom Erdbeben zu erzählen. Als Mutter Erde auch in Leipzig zu wackeln begann, hielt eine Frau gerade das von allen Gemännern so beliebte Scheuerfest ab. Sie hatte den Küchenschrank, um ihn zu reinigen, ausgeräumt, und das Porzellan auf den Flur auf etliche Stühle gestellt. „Edward“ hatte sie zu ihrem 4-jährigen Jungen gesagt, der sich gelangweilt in der Wohnung herumdrückte, „Edward“, nu sei recht brav, de kriegt och was. Aber wenn de mir 's Porzellan runderwerfst, dann kriegt de Drefche.“ Und Eduardchen ging wie eine Kugel um den heißen Brei, um das Porzellan herum, während seine Mutter putzte, wuschte und scheuerte, was das Zeug hielt. Plötzlich (es war gegen 2 Uhr) vernahm Frau C. ein Geräusch und gleich darauf fielen einige Porzellansachen, die auf den wackeligen Stühlen gestanden stürzten zu Boden. Natürlich waren sie sogleich kaputt. Wütend eilte die Frau mit dem nassen Scheuerlappen auf den Flur packte den zufällig dort anwesenden kleinen Euard und schlug ihm den Lappen links und rechts um die Ohren. Und es nutzte dem Kleinen gar nichts, daß er immer wieder heulend beteuerte, er habe die Sachen nicht heruntergeworfen. Am nächsten Tage las die Frau von dem Erdbeben, das ihr in der Hitze der Arbeit ganz entgangen war und Eduard bekam nachträglich als Schmerzenspflaster zwei „Strumpfsohlen“ (ein Leipziger Schäd) mit Pflaumenmus. „Wann is'n wider 'a Erdbeben, Mutter?“ fragte Eduard da freudestrahlend.

Aus dem Gerichtssaale.

Bauten, 2. Dezember. I. Strafkammer. Heute wurde die Verhandlung gegen den vorbestraften Handelsmann Johann Ernst Dutschmann aus Kotnauskitz, in Großdrebniß wohnhaft wegen Urkundenfälschung fortgesetzt. Dutschmann hatte bekanntlich im Jahre 1896 vom Zimmermann Prescher in Großdrebniß 1200 Mk. geborgt, im Jahre 1900 die Rückzahlung verweigert, und behauptet, Prescher habe die Summe in Raten von 600, 100, 300 und 200 Mk. zurückerhalten. Quittungen brachte Dutschmann im Klageprozeß Preschers gegen ihn nicht bei, er verleitete aber einen Zeugen zum Meineid und wurde deshalb im Jahre 1901 zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Strafverbüßung beantragte Dutschmann die Wiederaufnahme des Verfahrens und legte 4 Quittungen über die angeblich geleisteten Ratenzahlungen vor, die von Prescher unterschrieben waren. Diese

Quittungen sollte Dutschmann gefälscht haben. Dutschmann hatte selbst behauptet, Prescher habe ihm am 1. September 1900 eine Gesamtquittung über die 1200 Mk. gegeben und dafür die 4 Einzelquittungen in den Ofen gesteckt. Die Einzelquittungen seien erst im Jahre 1905 durch Zufall in die Hände seiner Ehefrau gelangt. Dutschmann bezog sich in der letzten Verhandlung auf das Zeugnis des Expedienten Kösch in Bischofswerda, dem er bereits im Jahre 1900 die vier Einzelquittungen gezeigt haben wollte. Kösch bekundete heute, Dutschmann habe ihm kurz vor dem Termin im November 1900 in einem Buch eine Anzahl Quittungen Preschers gezeigt, er (Zeuge) könne aber nicht mehr angeben, auf welche Beträge die Quittungen gelaute hätten. Der als Leumundzeuge vernommene Gemeindevorstand Barman aus Großdrebniß erklärte, er halte Prescher für einen durchaus ehrenhaften Mann, der im Jahre 1900 und auch heute noch in der Lage gewesen sei seine Vermögenslage klar zu überblicken. Gegen die Person Dutschmanns könne er auf die Zeit vor dessen Bestrafung nichts Nachteiliges sagen. Assessor Dr. Lohmann als Vertreter der Staatsanwaltschaft erachtete den Schuldbeweis für voll erbracht und beantragte eine empfindliche Zuchthausstrafe. Rechtsanwalt Dr. Strübig-Bischofswerda als Verteidiger plaidierte in eingehender Ausführung auf Freisprechung. Der Gerichtshof gelangte ebenfalls zu der vollen Ueberzeugung von der Schuld Dutschmanns und verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust.

Vor der VI. Strafkammer des Königl. Landgerichts Dresden unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Dürbig, begann Montag vormittag die auf mehrere Tage anberaumte Verhandlung gegen die angebliche Schriftstellerin Marie Karoline Alexandrine Tihanyi-Freyler, angeblich Gräfin Sturza, wegen Betruges. Als Vertreter der Anklagebehörde fungierte Staatsanwalt Dr. Weichert, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Knoll. Es ist eine große Anzahl Zeugen vorgeladen. Die am 17. März 1867 in Glaus in Ungarn geborene, in Oesterreich und Ungarn mehrfach und sehr erheblich vorbestrafte Angeklagte wohnte bis zu ihrer am 6. Januar d. J. erfolgten Verhaftung in dem Hause Hettner-Strasse Nr. 1. Die Angeklagte, über deren Leben und Treiben schon viel geschrieben worden ist, wird beschuldigt, unbefugt den Titel „Gräfin“ geführt, so dann eine Firma in Berlin um Waren im Werte von 1051 Mark, den Inhaber eines Dresdner Samenkonfektionsgeschäfts um Kleidungsstücke im Werte von 950 Mark, den Inhaber eines Dresdner Garderobengeschäfts um Waren im Werte von 1080 M betrogen, ferner einen Dresdner Juncker um einen Ring im Werte von 1200 Mark zu schädigen versucht, einen Rittergutsbesitzer um 3500 M bar betrogen und um noch weitere 2000 M zu betrügen versucht, außerdem einige Zeitungsverleger in Berlin, Hannover und Wien um Honorarbeträge geschädigt zu haben. Nachmittags wurde die Verhandlung vertagt. Der Andrang des Publikums zu der Verhandlung, die in dem kleinen Verhandlungssaal II, dessen Zuhörerraum 30 Personen faßt, stattfindet, war so enorm, daß die Gerichtsdiener nicht allein imstande waren, die Leute zurückzuhalten, und daß deshalb mehrere Gendarme mit einschreiten mußten. Diese blieben auch während der Verhandlung im Vorraum anwesend. Die Angeklagte stellte die ihr beigezeichneten strafbaren Handlungen in Abrede. Als Sachverständiger fungiert Gerichtsarzt Dr. Oppe, und da in fremder Sprache abgefaßte Legitimationspapiere überseht werden müssen, ist als Dolmetscher der Student der hiesigen Königl. Technischen Hochschule Fritz Reimer vorgeladen. Die Angeklagte behauptet, sie habe Vermögen, dieses werde von ihrem Bruder verwaltet. Letzterer will davon nichts wissen. Weiter gibt die Angeklagte an, mit einem Grafen Demeter Sturza verheiratet zu sein. Ein aus Budapest als Zeuge vorgeladener Detektiv gab an, die Angeklagte sei in einem dortigen Variété als Sängerin angestellt gewesen. Sie habe sich immer falsche Namen beigelegt und auf betrügerische Weise Schmuckfachen sich verschafft. Nachdem die Angeklagte sich in Budapest nicht mehr sicher gefühlt, habe sie ihre Tätigkeit nach anderen Städten verlegt. Die Angeklagte zog am 3. August 1907 von Berlin nach Dresden. Der Vater der Angeklagten bekundete, seine Tochter sei 42 Jahre alt, katholisch und seines Wissens ledig. Mit seinem Wissen und Willen habe sie jedenfalls nicht geheiratet. Die Angeklagte erwiderte nach Vorhalt des Vorsitzenden, „gegen die Aussage meines Vaters werde ich nichts sagen.“ Als die „Gräfin“ in Dresden wohnte, hielt sie sich eine Köchin, eine Aushilfsköchin und auch noch eine Französin. Die Angeklagte verließ nach einigen Monaten Dresden, sie hatte hier erhebliche Schulden aufkommen lassen und wollte nach Monte Carlo, um am Spieltische zu gewinnen, und dann nach Paris reisen, um mit ihrem Verleger abzurechnen. Die Gräfin trat stets mit der Behauptung auf, daß sie als Schriftstellerin tätig sei. Diese Angaben wurden als Humbug und Schwindel bezeichnet. Es wurde dann auf die einzelnen Betrugsfälle näher eingegangen. Nachdem der medizinische Sachverständige die Angeklagte für geistig zurechnungsfähig erklärt hatte und neue Beweisanträge der falschen Gräfin vom Gerichtshof abgelehnt worden waren, hielt das Gericht die Angeklagte auf Grund der Beweisaufnahme für überführt und verurteilte sie zu 4 Jahren Gefängnis, 6 Wochen Haft und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.

A. Die Bedeutung d. Geschäftsreklame, im besonderen vor Weihnachten.

(Nachdruck verboten.)

2. Die Schaufenster-Reklame.

Die Schaufenster sind, namentlich auch für die mittleren und kleineren Geschäfte ein wirksames wie billiges Hilfsmittel der Reklame geworden. Wohl kein Detail-



geschäft, selbst im kleinsten Orte und der bescheidensten Branche, wird und kann sich heute des Schaufensters ent-raten. Das Publikum, auf das zu wirken, es an die Auslagen der Schaufenster heranzuziehen und in den Laden zur Besorgung seiner Einkäufe hineinzuziehen, der Zweck der modernen Schaufenster-Reklame ist, beurteilt die Leistungsfähigkeit eines Geschäftes in erster Linie mit nach der Wirkung des Geschäfts-Schaufensters. Für jeden Handel- und Gewerbetreibenden ist deshalb eine **gedie-gene Ausstattung und Dekoration des Schau-fensters von ganz besonderem Wert.** Der Anblick schöner und vielfach mit gewissem Kunstverständnis her-gestellter Schaufensterauslagen belebt die Kauflust des Publikums in hohem Maße. ein geschickt arrangiertes Schaufenster verlockt zum Kaufen nicht selten denjenigen, der augenblicklich gar keinen Bedarf hat. Gerade jetzt vor Weihnachten darf deshalb kein Handel- und Ge-werbetreibender für die Ausstattung seiner Schaufenster irgendwelche **Kosten, Mühe und Arbeit** sich verbrießen lassen. Das Schaufenster orientiert das Publikum über die im Geschäft zu habenden Waren. Der Handel- und Gewerbetreibende muß, und dies gerade vor Weihnachten, zeigen, was er hat, so viel, wie nur irgend möglich, durch geschmackvolles Auslegen im Schaufenster. Ge-warnt sei, das Schaufenster zu überfüllen oder die ver-schiedenartigsten, oft nicht zu einander passenden Gegen-stände und Waren in dasselbe zu bringen. Zweck des Schaufensters ist nicht, alles zu zeigen, was das Geschäft enthält, sondern Aufmerksamkeit zu erregen. Der Straßen-verkehr soll angezogen und festgehalten werden. Die Auslagen müssen so geschmack- und reizvoll wie möglich gruppiert, dabei aber auch geschickte Verteilung und leichte Uebersichtlichkeit Rücksicht genommen werden. Eine ge-schmackvolle Anordnung, ein hübsches, praktisches Arrange-ment und eine gefällige Dekoration regen stets die Kauf-lust an. Man stelle, um einen besseren Gesamteindruck und größere Uebersichtlichkeit zu erzielen, lieber weniger Stücke als zu viel in das Schaufenster und erneuere öfter die Auslagen und die Dekoration desselben. Häu-figer Wechsel der Auslagegegenstände zeigt dem Publikum am besten die reiche Auswahl und Mannigfaltigkeit der im Geschäft zu habenden Waren.

Es empfiehlt sich, wo angängig, die **Gegenstände im Schaufenster mit Preisen** zu versehen, denn das Publikum will vielfach auch schon die Preisverhältnisse vorher kennen lernen, ehe es sich zum Kaufen in einem Geschäft entschließt. Das kaufende Publikum betritt

lieber ein Geschäft, wenn ihm nicht nur die Gegenstände, sondern auch die Preise zuzufügen.

Das **Schaufenster** darf nicht lügen, es **muß wahr sein** und darf dem Käufer keinen Anlaß zum Mißtrauen geben. Ein Handel- oder Gewerbetreibender, welcher an den in seinem Schaufenster ausgelegten Waren Preis-notierungen angibt, für welche ihm tatsächlich die Waren nicht verkäuflich sind, verstößt gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und macht sich strafbar.

Unklarheit besteht noch immer unter den Käufern wie unter den Verkäufern, ob für den Verkäufer eine Ver-pflichtung besteht, dem Käufer auf sein Verlangen ein bestimmtes Stück aus der Schaufensterauslage zu geben. **Ein Zwang, Sachen aus dem Schaufenster heraus-zunehmen, besteht nicht.** Das Schaufenster enthält nicht Verkaufsgegenstände, sondern nur Muster oder Proben der im Geschäft zu habenden Warengattungen. Ferner erlaubt es die ganze Entwicklung der heutigen Schau-fensterauslagen immer weniger, auf Sonderwünsche eines einzelnen Käufers Rücksicht zu nehmen. Immerhin wird ein reeller Geschäftsmann auf besonderen Wunsch sich stets gern bereit finden lassen, ein einzelnes Stück aus dem Schaufenster herauszunehmen, wenn er ohne Schwierigkeit und ohne das Arrangement der Schau-fensterauslage zu zerstören, dazu gelangen kann.

Mit der **Beleuchtung der Schaufenster** darf in den Wochen vor Weihnachten nicht geizt werden. Nichts ist natürlicher, als daß an einem nicht genügend er-leuchteten Schaufenster jeder achlos vorübergeht, dagegen gut erleuchtete Schaufenster den Blick des auf der Straße wandelnden Weihnachtseinkäufers, der die Weihnachts-ausstellungen mustert, fesseln. Deshalb vor allen Dingen gerade in der Weihnachtszeit genügend Licht in die Schaufenster, Licht, welches seinen Schein weit hinaus auf das Trottoir und die Straße wirft und die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten auf das blendend hell erleuchtete Schaufenster lenkt. Einem Irrtum möchten wir hier entgegenreten, der darin besteht, daß ein großer Teil von Geschäftsleuten glaubt, die Be-leuchtung der Schaufenster sei ihnen während der Zeit, innerhalb welcher offene Verkaufsstellen nach den gelten-den Bestimmungen über den Ladenschluß geschlossen sein müssen, verboten. Das ist falsch. **Nach Eintritt des Ladenschlusses** am Abend braucht der Geschäftsmann die **Schaufenster** nicht zu verhängen und kann sie be-leuchten, so lange es ihm beliebt. Wir betrachten es als eine gerade in der Weihnachtszeit wirksame Reklame,

die sich sicherlich gut bezahlt macht, wenn die Laden-inhaber nach Schluß ihrer Geschäfte die Schaufenster noch längere Zeit erleuchtet lassen. Mancher Gegenstand in dem hellerleuchteten Schaufenster, der am Abend die Kauf-lust erregt hat, wird am nächsten Tage erworben werden.

Die Weihnachtszeit ist für viele Handel- und Ge-werbetreibende die hoffnungsvollste, arbeitsreichste und beweglichste Zeit des Jahres. Ein gutes oder schlechtes Weihnachtsgeschäft entscheidet oft über die Rentabilität ihres Geschäfts. Um so mehr müssen sie alle ihre Kraft und Intelligenz aufbieten, ihre Waren abzusetzen, indem sie die Kauflust des Publikums steigern und reizen durch eine wirksame Schaufenster-Reklame, namentlich durch ge-schickte Ausstattung, geschmackvolle Dekoration und gute Beleuchtung der Schaufenster. Jtz.

Wettervorhersage der Königlich Sächsischen Landeswetterwarte zu Dresden.

Freitag, den 4. Dezember:

Nord-West-Wind, bewölkt, kälter, zeitweise Niederschläge.

Magdeburger Wettervorhersage.

Nacht noch ziemlich hell, doch neblig, Reif, etwas kalt, am Tage zunehmend bewölkt, milde, stellenweise etwas Niederschläge.

Kirchliche Nachrichten.

Pulsnitz.

Sonnabend, den 5. Dezember:

1 Uhr Veststunde. Hilfsgeistlicher Halant.

Sonntag, den 6. Dezember, 2. Advent:

1/2 9 Uhr Beichte.

9 " Predigt (Luc. 21, 25-36.) Hilfsgeistlicher Halant.

5 " Kinderpredigt (Matth. 11, 2-6.) Pfarrer Schulze.

8 " Jünglings- und Männerverein — nimmt teil an dem Familienabend des Gustav-Adolf-Frauenvereins

8 " Familienabend des Gustav-Adolf-Frauenvereins im Saale des Herrnhauses.

Amtswoche: Pastor Resch.

Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr:

Bibelstunde im Konfirmandenzimmer (Apostelgeschichte 12,25-13,12). Pastor Resch.

Bibelstunde in der Schule zu Dhorn (Matth. 13,33- Fortsetzung.) Hilfsgeistlicher Halant.

Keine Sorgen mehr

hat die Hausfrau, welche die ganz hervorragen-den ersten Qualitätsmarken, Margarine

„Siegerin“
und
„Mohra“

in ihrem Haushalt verwendet! Beide Marken ha-ben nach jeder Richtung die nämlichen Eigen-schaften und auch die gleiche Verwendbarkeit wie allerfeinste und teuerste

Molkereibutter,

sind jedoch um 30 bis 50 Prozent billiger.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Rechnungsformulare

— hält auf Lager —

die Buchdruckerei dieses Blattes.

Zum Weihnachts-Einkauf

empfehle ich mein Lager in

wollen und halbwollenen Rockzeugen, Lama,
Damentuche, Hemden- und Jacken-Bagente,
Leinwand, Bettzeuge, fertige Hemden, Hosen,
Jacken, Aermelwesten, Unterhosen, Strümpfe,
Handschuhe, Vorhemdschen, wollene und seidene
Schwältücher, Tisch-, Hand-, Korb- u. Bettücher
und noch vieles andere zur geneigten Berücksichtigung.

Obersteina.

Wilhelm Prescher.

! ZUR AUFKLÄRUNG !

ERSTENS:

Bitte wir genau auf unsere Marke **PALMIN** zu achten, da oft andere Fabrikate mit ähnlichen Namen unterschoben werden

ZWEITENS:

darf gesetzlich nur von uns allein **PALMIN** hergestellt werden. Andere Fabrikate mit ähnlichen Namen sind Nachahmungen.

DRITTENS:

trägt jedes Paket auf blauem Grund das Wort **PALMIN** und den Schriftzug **D. Schlinck** in roter Schrift als besondere Erkennung.

H. Schlinck & Cie, Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmin.

Langestr. Theodor Vogel Langestr.

..... 12

Uhrmachermeister

..... 12

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Uhren

für Herren und Damen.

Herren-Uhren von 7 Mark an

Damen-Uhren von 10 Mark an

Zimmer- und Haus-Uhren

mit herrlichem Gong-Schlag.

Bureau-, Kuckucks-,

Küchen-, Wecker-Uhren.

Nur solide, besterprobte Fabrikate.

2jähr. fachgemäße schriftl. Garantie.

Allein-Verkauf der Waltham Unter-

Präzisions-Taschenuhren.

Werkstatt für Reparatur u. Re-

paratur bei mäßigen Preisen an

Uhren, Gold- u. Silber-Waren Optischen

Artikeln und Musik-Werken.



Gold-Waren

Uhrketten für Herren u. Damen.

Nur erstklassige Fabrikate.

Unerreichte Auswahl.

Armbänder Double und Silber.

Stete Neuheiten!

Broschen, Ohringe, Hals-Ketten,

Manschet- und Chemisettknöpfe,

Anhänger, Herze, Medallions.

Trauringe in allen

Preislagen.

Optische Artikel

als: Operngläser, Baro- u. Thermo-

meter, Fadenzähler, Brillen und

Klemmer in Nickel, Stahl u. s. w.

Musikwerke aller Arten. Plat-

ten zu Spieldosen.

Alle neuen Uhren werden in meiner Werkstatt auf das sorgfältigste geprüft und reguliert



Eine Weihnachts-Freude bereitet man jedem,

Jung oder Alt, durch ein Geschenk in **Gold** oder **Silber**. Man besichtige zu diesem Zwecke das **grosse Lager** in

Herren- und Damen-Ketten   
und **Ringen,**

•••• **Arm-Bändern,** ••••
Manschet- und Chemisettknöpfen,

Brillantringe u. -Broschen,
Verlobungsringe, Trauringe



in allen Preislagen.

Reparaturen, Umarbeitungen aller Art schnell und billig.

Max Reinhardt, Juwelier, **Pulsnitz, Neumarkt 31.**
Gold- u. Silberschmied,



Herren- und Damen-Uhren

 über 100 verschiedene Muster, solideste 
Fabrikate, mehrjährige Garantie.

Barometer, Opern- und Fern-Gläser
Grösste Auswahl.

Brillen und Klemmer

in Gold, Silber und Nickel.



1908er Havana-Zigarren,
feinste Hamburger Hand-
arbeiten,
fabriziert aus den
edelsten Gewächsen
1908er Ernte, ca.
20 verschied. Mar-
ken, St. von 10 Pfg.
an, empfiehlt
Bernhard Beyer,
Zigarrenhaus
am Markt u. Kamenzer Str.

Zum Weihnachtsfeste



halte ich mein grosses-Lager in

Kleiderstoffen

in allen Preislagen bestens empfohlen.

Hochaparte Blusenstoffe,
fortwährender Eingang von Neuheiten.

Ballstoffe

in den neusten Geweben.

Grösste Auswahl in

Lamas und Costümstoffen,
wollene und halbwollene Rockzeuge,

Kleider-, Blusen- und Jacken-Barchente,
Hemden- und Negligé-Barchente, Unterröcke etc. etc.

Grösste Auswahl! Billigste Preise! Reelle Bedienung!

Fedor Hahn,

Manufaktur- und Modewaren.

Pelzwarenlager



Rich. Borkhardt,

Lange-Strasse 24.

Unerreichte Auswahl in
Colliers, Stolas, Muffen etc.
Reparaturen und Umarbeitungen.
Reelle Bedienung! Billigste Preise!

Als passende Weihnachtsgeschenke

empfehlen zu äußerst billigen Preisen:

Barchent-Betttücher, weiß u. bunt
Bettdecken, Tisch-, Kommoden-
und Nähtisch-Decken,
Servietten, Tisch-, Hand- und
Wischtücher, Taschentücher,
weiß und bunt,

Kinderschürzen in all. Größen,
Tändelschürzen, Wirtschaft-
schürzen,
Corsets in allen Preislagen,
Juven-Jäckchen für Damen, in
den neuesten Ausführungen,
Kindersäckchen, Mützen, Häh-
chen, Walkmützen, Tuch- und
Plüschhauben,
Kinderrockchen in Barchent und
Wolle,

Chenille-Tücher,
Chenille- und Trikot-Shawls,
reinsidene Hals- u. Knöpf-
tücher.

Normal-Hemden,
Normal-Hosen u. Unterjacken
für Herren und Damen, in allen
Größen,

Barchent-Hemden und Unter-
hosen in verschiedenen Qualitä-
ten, für Männer, Frauen und
Kinder,

Untertailen, Leibbinden, Puls-
und Kniewärmer, Schwiizer,
wollene Vorhemden,
Strümpfe, Socken, Grimmer-
Handschuhe, Glace-Hand-
schuhe in Futter f. Herren u. Da-
men, **Trikothandschuhe, schw.**
und farbig, **gestrickte Hand-**
schuhe, Faust- und Drescher-
handschuhe, Strickjacken für
Knaben und Männer

Sofadecken, Bettvorlagen
— u. s. w. —

Hedwig Prömmel, Kurzgasse 299,
Weiß- und Wollwarengeschäft.



Trikot-Unterwäsche.

Gut sortiert. Lager in langjahr.
bewährten, vorzügl. Qualitäten.
Hemden, Unterjacken, Beinkleid.
für Damen und Herren.

Untertailen, Unteranzüge,
Lungenschützer usw.

Spezialität: Felsen-Hemden.

Diese Trikot-Wäsche ist besonders
dauerhaft, fast unzerreissbar, dabei
weich und angenehm im Tragen.

Zu billigsten Preisen bei
— Carl Henning. —

Gestrickte Westen
aus bestem Kammyarn.



Carl Henning.

Wer

schönes kräftiges Haar haben will,

erwende zur Pflege derselben

Capillicin

zu haben à Flasche M 1.— bei

Felix Harberg, Hochendrogerie.



Puppen-Wagen,

Sport-Wagen

empfehlen in größter Auswahl
die **Korbmann, v. A. Kieback,**
untere Langestraße 328.



Schwarze

seidene Schürzen

in einfacher, sowie ele-
gantester Ausführung.

Carl Henning.



Schönheitsfehler

durch Puder und Schminke zu verdecken, ist nicht
selten ein Verbrechen an der eigenen Gesundheit.
Man benutze die nach dem genialen D. R. P.
Nr. 138988 von **L. Juter & Co., Berlin,**
hergestellte, wunderbar milde **Zuckroh-Seife,**
sehr empfohlen und lausendfach bewährt. Preis
50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und M. 1.50
(große Gebrauchspackung) in Verbindung mit
Zuckroh-Creme, dem herrlichsten und unach-
dlichsten Hautcreme. Preis M. 2.—, Probe-
tube 75 Pfg.

Wunderbare Erfolge,

zumal bei gleichzeitiger Anwendung der nach
dem nämlichen Patent hergestellten, wohlberühmten
und im Gegensatz zu obiger äußerst kräftig
wirkenden **Juter's Patent-Medizinale-**
Seife, Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15 Pfg.)
und M. 1.50 (große Packung, 35 Pfg., von
höchster Wirkung), werden täglich benützt.
Reber, der bisher vergeblich litt, machte einen
Wunder. Für die arme Haut der Kinder ver-
wendet die bewährte **Mutter-Vitamoov-Kinder-**
Seife, D. R. P., Preis 50 Pfg. und Win-
ter-Kinder-Creme, Preis 40 Pfg., Doppel-
packung 70 Pfg., das Weisse, Rose und Vanille für
die feinsten Haut. **Überall zu haben. 300**
nicht, direkter Versand durch **L. Juter & Co.,**
Berlin, Potsdamerstr. 73.

In Pulsnitz echt in der **Central-Dro-**
gerie, Langestraße.

Verfolgt

wird jede Nachahmung der allein echten
Carbol-Teerschwefel-Seife
von **Bergmann & Co., Radebeul,**
mit Schutzmarke: **Stechensferd.**
Es ist die beste Seife gegen alle Arten
Hautunreinigkeiten und Hautaus-
schläge, wie Mitesser, Finnen, Blät-
chen, Gesichtspickel, Pusteln etc. à St.
50 Pfg. in der **Löwen-Apothek, sowie**
Max Zeutsch.